Einen anderen {改道} Weg gehen...

N°16 - 4.2012

GĂIDÀO

ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION

FdA

FDA - IFA

IN DIESER AUSGABE

Keine Wahl der Nation ★ Ägypten: Die freien Gewerkschaften befürchten neue Repressalien ★ Das „Internet-Kartoffel"-Experiment ★ Sedition ★ Pussy Riot ★ Sächsische Schweiz - Politisch Land unter? ★ etc

Editorial

Liebe Leute,

Ein ereignisreicher Monat liegt hinter uns und viele – hoffentlich – ereignisreiche werden noch folgen. Am 31. März fanden in vielen europäischen Ländern – und darüber hinaus – Demonstrationen, Kundgebungen und Debatten im Rahmen des internationalen Aktionstages M31, den Aktionstagen der Internationalen Arbeiter*innen Assoziation (IAA) und des Generalstreiks in Spanien statt.

Da wir unsere (kleine) Tradition des pünktlichen Erscheinens nicht vernachlässigen wollen, finden sich in dieser Ausgabe leider noch keine Eindrücke dieser ereignisreichen Tage, aber wir sind sicher das wir dafür in der kommenden Mai-Ausgabe genug nachliefern werden.

Aber auch unabhängig davon, bietet diese Ausgabe wieder eine Reihe spannender Artikel und Berichte. Die Wahlproteste in Russland sind erwartungsgemäß recht schnell aus den breiten Medien verschwunden, was es für uns noch dringlicher macht, weiter darüber zu berichten. So findet ihr einen ausführlichen Artikel der ASJ Göttingen zu den Wahlprotesten selbst und einen höchst interessanten Bericht über eine queer-feministische Aktionsgruppe, die sich mit eigenen Inhalten und Aktionen in das turbulente Geschehen Russlands einmischen.

Der Artikel zur Sächsischen Schweiz zeichnet die politische und historische Geschichte der Region, von der NS-Zeit bis in die Gegenwart nach, um dann die These des Artikels zu beantworten: „Politisch Land unter?“. Des weiteren findet ihr unter anderem Artikel über die aktuelle Situation in Ägypten, ein interessantes Internet-Experiment und eine neue, anarchistische Zeitschrift in Australien.

Zum Abschluss noch eine Ankündigung für die Mai-Ausgabe. Im vergangenen Jahr jährte sich zum 90. Mal die Rebellion der Matrosen auf der russischen Insel Kronstadt, die als letzter, freiheitlicher Widerstand gegen die aufkeimende Bolschewiki-Diktatur gilt. Dazu wurde uns ein ausführlicher Artikel zugesandt, der leider aus Platzgründen in die nächste Ausgabe verschoben werden musste. Aber das Warten lohnt sich!

Zu guter Letzt sei natürlich unsere erste Sonderausgabe, rund um den M31 Aktionstag erwähnt, die erstmalig nicht nur online und selbstgedruckt erschienen ist, sondern auf der zentralen Demonstration in Frankfurt am Main in einer erfreulich hohen und professionell gedruckten Auflage verteilt wurde. An der Stelle möchten wir uns nochmal ganz herzlich bei den Menschen der Blattlaus Druckerei in Saarbrücken bedanken, ohne die das wahrscheinlich in der Form nicht möglich gewesen wäre.

Nun aber genug der (eigenen) Worte, wir wünschen euch eine interessante Lektüre und einen erfolgreichen April.

Eure [改道] Găi Dào-Redaktion

Herausgeber*innen:
[改道] Găi Dào-Redaktionskollektiv

Web: www.gaidao.blogsport.de
Kontakt: *redaktion-gaidao@riseup.net*

Inhalt

Weltweit

04 *Keine Wahl der Nation*

08 *Ägypten: Die freien Gewerkschaften befürchten neue Repressalien*

10 *Das „Internet-Kartoffel"-Experiment*

Bewegung

11 *Sedition*

11 *Warum Anarchie?*

12 *Pressemitteilung: Asylbewerber der Stadt Würzburg im Hungerstreik*

Aufrufe

13 *Die Bibliothek der Freien braucht (auch) Geld*

14 *Pussy Riot*

Geschichte

17 *Sächsische Schweiz - Politisch Land unter?*

Termine

27 *Termine*

Hinweis zur Sprache:

Das in den Texten verwendete *„*innen"* (Gender Gap) soll die Funktion haben, dass nicht nur weiblich oder männlich sozialisierte Menschen beachtet werden, sondern auch Menschen, die sich selbst zwischen bzw. außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des Absender*in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem Absender*in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Verteiler*in bzw. Absender*in ist nicht identisch mit den Ersteller*innen.

Keine Wahl der Nation

Zu den Wahlprotesten in Russland

★ *Ein Text der Anarcho-Syndikalistischen Jugend Göttingen / Südniedersachsen*

Bedacht auf eine stärkere Vernetzung sozialer Kämpfe ist die Unterstützung von Aktivist*innen in Osteuropa / Ex-UdSSR ein wichtiges Thema für uns. Demnächst erscheint der erste Band unserer Publikationsreihe „Emanzipatorische Politik in Osteuropa" mit Schwerpunkt auf libertärer Politik in Russland und der Ukraine.

Am Sonntag, dem 4. März 2012, fand die Wahl des russischen Staatspräsidenten statt. Nachdem es bei der Parlamentswahl im Dezember zu erheblichen Wahlfälschungen gekommen war, begann eine Welle des Protestes neuen Ausmaßes. Vielerorts wird der „Aufstand des russischen Volkes" abgefeiert. Bekennenden Nationalist*innen wie Aleksej Navalny wird dabei die Medienbühne ohne Einschränkung gewährt und über die Beteiligung ultra-nationalistischer Gruppierungen hinweggesehen. Dass die rechtspopulistische Agitation und der antimuslimische, rassistische wie antisemitische Gehalt eines großen Teils der Protestierenden und ihrer Führer*innen nicht weiter problematisiert wird, ist ja mittlerweile Gewohnheit. Trotzdem steckt in den Protesten auch das Potenzial eines Bruchs mit den herrschenden Verhältnissen und eine politische Thematisierung der sozialen Missstände in Russland. Leute fangen an auf die Straßen zu gehen, zu protestieren, sie schließen sich zu antifaschistischen – antiautoritären Blöcken zusammen. Diesen Leuten gilt es unsere Solidarität zum Ausdruck zu bringen und nicht irgendeinem scheiß Volk. Um den unreflektierten Mainstreammedien etwas entgegenzusetzen und einen libertären Einblick in die Proteste in Russland zu bieten, haben wir den Text „Keine Wahl – der Nation" geschrieben.

Der Beginn eines Umbruchs

Die aktuelle politische Situation in Russland fasste der Vorsitzende der liberalen „Jabloko" Partei, Sergej Mitrochin, bereits wenige Tage nach den ersten Großprotesten zusammen als: „einen Moment des Umbruchs". Die Wahlen zum Parlament „Duma" sind erneut mit einem Sieg für die Regierungspartei „Edinaja Rossija"[1] ausgegangen – dieses Jahr jedoch mit nicht verschweigbaren Fälschungen und trotzdem mit immensen Stimmeneinbrüchen. Seitens internationaler Wahlbeobachter*innen wurden über 7.000 Verstöße gegen das Wahlprozedere gemeldet. Während in den Gebieten massiver staatlicher Präsenz, wie dem Kaukasus oder Tschetschenien, Stimmergebnisse von bis zu 99% erzielt wurden, brach insbesondere in den größeren Städten der Russischen Föderation die Zustimmung für „Edinaja Rossija" ein. Trotz versuchter Einflussnahme auf die Wahlen. Direkt nach Bekanntgabe der Ergebnisse zog es zahlreiche Menschen auf die Straße, um ihren Unmut über das erneute Erringen einer parlamentarischen Mehrheit für E.R. Luft zu machen. Denn nachdem der jetzige Staatspräsident Dimitri Medwedjew Ende September bekannt gab, dass er den Weg frei macht für eine erneute Präsidentschaftskandidatur Wladimir Putins, ist der Ausgang der Duma-Wahl eine eindeutige Prognose, wie die Präsidentschaftswahlen im März 2012 verlaufen werden. Seine Parteitagsrede beschloss Medwedjew mit den Worten: „Das ist eine tief durchdachte Entscheidung, die wir seit dem Beginn unserer Kameradschaft besprochen haben. Dass wir das nicht früher bekannt gegeben haben, ist eine Frage der politischen Zweckmäßigkeit." Die trotz Fälschungen unübersehbaren, massiven Stimmenverluste zeigen einen enormen Einbruch der Zustimmung zur herrschenden Politik. Diese Situation könnte nun für Veränderungen genutzt werden, denken viele. Doch steht Russland tatsächlich vor einem Umbruch, wie Mitrochin es bereits in den ersten Tagen der Proteste feststellt?

Die Parole:„Zusammen!" – Aber für ... was eigentlich?

Gerade innerhalb eines derart autoritären und repressiven Systems, wie dem russischen Staat, ist es großartig tausende Menschen auf den Straßen zu sehen. Nicht nur in den beiden Metropolen Moskau und Sankt Petersburg, sondern in allen größeren Städten

[1] *Die Partei „Vereinigtes Russland" hatte bisher die absolute Mehrheit im russischen Parlament „Duma".*
Auch der separat gewählte Präsident der Russischen Föderation Dimitri Medwedjew ist Mitglied der Partei. Parteivorsitzender ist Ex-Staatspräsident und bisheriger Ministerpräsident Wladimir Putin, der jedoch in keiner einzigen russischen Partei Mitglied ist.

Russlands, von Europa bis Asien. Am 10. Dezember kamen in der Moskauer Innenstadt bis zu 100.000 Demonstrant*innen zusammen. Politische Versammlungen dürfen in Russland erst nach langwierigem, bürokratischem Prozedere durchgeführt werden und sind an strenge Auflagen gebunden. So muss bspw. der komplette Kundgebungsplatz durch die Polizei geschlossen und abgezäunt sein. Bewegliche Demonstrationen gibt es in den seltensten Fällen. Gegen die Masse an Protestierenden hatte die Polizei aber kaum eine Chance ordnend einzugreifen. Gerade deshalb wird versucht, nun den Druck auf die Protestierenden zu erhöhen. Während Putin die USA als Strippenzieher der Proteste darstellt und von bezahlten Demons trant*innen spricht, versuchen die Repressionsbehörden, die Proteste durch Festnahmen und Schnellverfahren zu unterbinden. Doch der Widerstand reißt nicht ab, es gibt fast täglich Kundgebungen und die Kritik bleibt präsent.

Allerorts wird von einem Aufstand des russischen Volkes gegen das Putin-Regime gesprochen. Die politischen Kommentator*innen, insbesondere aus den nordatlantischen Staaten, vergleichen die Proteste mit jenen in der Endphase der Sowjetunion und einige sprechen bereits von einer wahlweise „winter"-, „weißen-" oder „slawischen Revolution". Die eigentliche gesellschaftliche Situation bleibt dafür völlig unreflektiert. Anstatt sich mit den sozialen Verhältnissen in Russland zu beschäftigen, greifen die hiesigen Medien lieber zu regelrechten Features über so genannte Führungsköpfe der Proteste. So hat der vornehmlich im Internet aktive Regimekritiker Aleksej Navalny in der Redaktion der TAZ scheinbar einen richtigen Fanclub gefunden. Jeder Artikel zur Situation in Russland gibt auch kurz wieder, wie es Navalny gerade so geht. Dass selbiger aber gute Kontakte zu nationalistischen Gruppierungen pflegt und am 4. November 2011, dem Tag der nationalen Einheit, mit dem gesamten russisch-nationalistischen Spektrum mitmarschierte wird völlig ignoriert.[2] Navalny merkt sehr genau, dass die momentane Situation seine große Stunde sein könnte. Denn sein Blog hat zahlreiche Leser*innen und er ist momentan mit Abstand der populärste Oppositionelle. Von den Oppositionsparteien wird Navalny gerade massiv umworben, da diese in ihm jenen charismatischen Herausforderer Putins sehen, der momentan fehlt. Auch Navalny scheint der Idee in eine Partei einzutreten, nicht abgeneigt zu sein, und versucht sich alle Türen offen zu halten.

Vor allem die nach rechts. Genauso geht im Medienrummel aber auch unter, welche Sprache die Proteste sprechen. So begrüßenswert eine Kritik an Putin auch ist – der dominierende Vorwurf, dass das russische Volk von einer „Partei der Diebe und Gauner"[3] angeführt wird, stellt nicht mehr als bürgerlichen Unmut dar. Somit wird nicht einfach nur Kritik geübt, sondern immer auch das Konstrukt eines geschädigten russischen Volkes mittransportiert. Motivation für die Proteste hat also das Wohl des Volkes zu sein. So stimmen auch die um die Macht gebrachten Parteien mit ein und nutzen die Situation, um sich als Retterinnen des russischen Volkes anzubieten. Auch wenn versucht wird den aktuellen Protesten ein Veränderungspotenzial zuzuschreiben, welches dem der Proteste Anfang der 90er gleichkommt, so ist doch klar, dass auch eine Abwahl des Putin-Regimes nur zu marginalen Kursänderungen führen würde. Auf die Kritik an den korruptionsfördernden Machthabern wird aber gerade aus dem Ausland zugestimmt, da die staatliche

[2] *Der „Russische Marsch" ist eine Aktion der russisch-nationalen und ultra-rechten Gruppierungen Russland. Die Moskauer Demonstration „Russischer Marsch" wurde übrigens von einem „Russland den Russen"-Transparent angeführt. Für weitere Informationen zum Russischen Marsch, lest bitte unseren Artikel in der Februarausgabe* [改道] *Gǎi Dào.*

[3] *Diesen Slogan prägte Navalny auf seinem Blog.*

Lenkung und verbreitete Korruption den Marktzugriff von außen stark erschwert. Russland stellt gerade in Krisenzeiten einen wichtigen Markt da, insbesondere als Lieferant von Rohstoffen oder Kreditgeber. Die hohe Bedeutung der Beziehungen zwischen der EU und Russland zeigen immer wieder auch Personen, wie die des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder (SPD), dessen Kommentar über Putin als „lupenreiner Demokrat" noch immer in aller Munde ist. Die Unterstützung oppositioneller Gruppen könnte sich für die nordatlantischen Staaten im Nachhinein als Investition in zukünftige Geschäfte auszahlen. Doch eine eindeutige Positionierung erfolgt nicht. Auch wenn die Kontakte zu eventuellen neuen Machthaber*innen aufgebaut werden, findet keine Distanzierung von Putin statt. Ganz im Gegenteil, im Vorfeld des EU-Russland-Gipfels Anfang Dezember erklärten Politiker*innen verschiedener deutscher Parteien, dass es nun ja an Putin läge, zu zeigen welche Klasse von Staatsmann er sei. So werden also alle Türen offen gehalten, um auch ja nicht durch eine überschwängliche Unterstützung von Demokratiebewegungen Geschäfte aufs Spiel zu setzen. Amüsant ist dabei, dass vor wenigen Wochen der russische WTO-Beitritt stattgefunden hat und das lang ersehnte Zwangsmittel der ökonomischen Öffnung Russlands nun durchgesetzt wird. Den hiesigen Medien als Fans der russischen Gesellschaft war dies im besten Fall nur eine Agenturmeldung wert.

Emanzipatorische Perspektiven?

Das Gerede vom sich wehrenden russischen Volk wirft die Frage auf, inwieweit die Proteste für ordnungsgemäße Parlamentswahlen überhaupt ein Weg gesellschaftlicher Emanzipation sein könnten. Gerade die in den Vordergrund geschobenen Wortführer der Opposition versuchen die Unzufriedenheit zu einem Volksbewusstsein für Gerechtigkeit zu kanalisieren. Den Großteil der Demonstrierenden stellen nicht jahrelang unterdrückte Regimekritiker*innen dar, sondern von ausbleibenden politischen Innovationen enttäuschte Mittelschichtler*innen. Der Großteil hatte Hoffnungen in Medwedjew gesetzt, die nun endgültig enttäuscht wurden. Dementsprechend sind Forderungen nach tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen auch kaum zu vernehmen. Klar ist, dass es nicht so weitergehen soll wie bisher. Was sich allerdings verändern könnte, wird den selbsternannten Wortführern überlassen. Denn auch wenn Edinaja Rossija den Rückhalt verloren hat, wurde sich nicht für einen eindeutigen neuen Weg entschieden. Der Stimmenzuwachs für die Kommunistische Partei bspw. ist eher Ausdruck eines Protestwahlverhaltens, denn einer überzeugten Stimmenabgabe. Denn die KP stand bekanntermaßen noch nie für großartig fortschrittliche Ideen und tritt in Russland eher wie eine hiesige Volkspartei auf. Zudem hatte die KP die letzten Jahre auch den Dumavorsitz inne. Sie ist also keineswegs eine große Alternative zum Bestehenden. Dass es damit also nur um Machtverschiebungen geht, wird am Umgang mit dem Repressionsapparat deutlich. Obwohl ein riesiges Aufgebot an Polizei- und Armeekräften des Inneren aufgezogen wird und staatlicherseits sogar private Sicherheitsfirmen angeheuert werden, appelliert die Protestführung stets, dass die Polizei ein Teil des Volkes sei und man für die selben Ideen kämpfe. Dass dies in keiner Weise der Realität entspricht, zeigten die Massenfestnahmen seit dem Beginn der Proteste. In St. Petersburg wurde eine große Gruppe von Demonstrant*innen im Schnellverfahren zu 15 Tagen Haft verurteilt. Der ebenfalls inhaftierte Anarchist Filipp Kostenko befand sich seit der Festnahme in einem mehrwöchigen Hungerstreik gegen die politische Repression. Nach der Freilassung der mit ihm Verhafteten wurde Kostenko in einem weiteren Verfahren zu erneuten zwei Wochen Haft verurteilt. Der deutlich körperlich angeschlagene war nicht in der Lage sich vor Gericht zu verteidigen und konnte während seines Plädoyer kaum noch stehen. Es hätte ihm jedoch wohl auch wenig gebracht, denn die Richterin brachte unmissverständlich ihren Hass zum Ausdruck und der Verhandlungsraum war voller Agent*innen des „Zentrums für Extremismusbekämpfung". Grund der Verurteilung war übrigens ein Vorwurf des Hooliganismus vom Oktober.

Die vielfach zitierte progressiv anmutende Forderung nach „Freiheit für alle politischen Gefangenen", die auf den Protesten kundgetan wird, ist somit nicht viel mehr als ein Feigenblatt. Denn statt konsequent solidarischen Verhaltens mit den Betroffenen von Repression wird Unterstützung von den Repressionsorganen gewünscht. So werden Perspektiven, die jene Proteste bieten könnten, verspielt. Dies zeigt sich auch durch Transparente wie „Keine Revolution. Nur faire Wahlen!". Eine „revolutionäre Situation" ist nur herbeigeredet von jenen, die den Unmut instrumentalisieren wollen. Dies erinnert in einigen Punkten stark an die „Orangene Revolution" 2004/05 bei der jede Rede von einem Appell „ruhig bleiben" begleitet war.

Beteiligung libertärer Gruppen

Obwohl es sich um Proteste für gerechte Parlamentswahlen handelt, nehmen auch zahlreiche libertäre Zusammenhänge an den Demonstrationen teil. Für Anarchist*innen in Russland sind die Wahlen schon vor dem Bekanntwerden der Manipulation ein gro-

ßes Thema gewesen. Mit der Kampagne „Unser Kandidat – Selbstorganisierung“ hat das anarchistische Netzwerk „Autonome Aktion“ die Parlamentswahlen als Anlass genommen, um zu zeigen, dass Wahlen nichts bringen und nur die eigentlichen Möglichkeiten einer gesellschaftlichen Organisierung von unten verschleiern. Neben einer Informationskampagne gab es im Vorfeld der Wahl in ganz Russland zahlreiche direkte Aktionen. Zielscheibe waren dabei vor allem Einrichtungen von Edinaja Rossija, aber auch Büros von „Gazprom“ sowie Infrastruktur der Polizei. Abgebrannte Wahlkampfbüros erschwerten die Arbeit der Putin-Treuen vielerorts. In den Protesten sehen viele Anarchist*innen ein erstes Aufbegehren gegen den Staat ohne sich jedoch falsche Hoffnungen zu machen. Die verkürzte Kritik, der Versuch einer Lenkung der Proteste sowie der nationalistische Kurs, den die selbsternannten Wortführer*innen einnehmen, wird offen kritisiert. Trotz der zahlreichen Kritikpunkte an „der Bewegung“ ziehen sich die Anarchist*innen nicht zurück, sondern versuchen aktiv zu intervenieren. Denn ob eine Vereinnahmung der Proteste erfolgt, hängt von den Protestierenden selbst ab. Gerade die radikale Linke ist sich der angespannten sozialen Verhältnisse bewusst und spätestens seit Anfang 2000 auch vermehrt in soziale Kämpfe involviert. So sind die Wahlproteste für viele libertäre Zusammenhänge außerhalb der (Bewegungs-)Metropolen Moskau und St. Petersburg eine Möglichkeit von den bisherigen partikularisierten Kämpfen aus nun offen auf die Straße zu gehen und libertäre Positionen in die Gesamtgesellschaft zu artikulieren. Der nationalistischen Vereinnahmung der Protestierenden setzen Anarchist*innen eigene antinationale und anarchistische Blöcke bei den Demonstrationen entgegen. Durch die Teilnahme an den Protesten zeigen sie sich solidarisch mit den Anliegen der Leute. So waren es bspw. Anarchist*innen, die während der Großdemonstration am 24.12.11 in Moskau durch Megafone den Protestierenden die Möglichkeit gaben, sich selbst frei zu artikulieren. Ihre Aktion „Freie Bühne“ entzog dem von oben gelenkten Protest den Boden und gab der Forderung nach Selbstbestimmung einen praktischen Charakter. Während der Abschlusskundgebung zogen Anarchist*innen, Feminist*innen, LGBT Aktivist*innen und Basisgewerkschaftler*innen gemeinsam vor die Hauptbühne, um sich dort dem Protestmainstream entgegenzusetzen. Den Auftritt des Oligarchen und Prädidentschaftskandidaten Michail Prochorov blockierten sie, bis die Security aufzog. Somit wird deutlich, dass die radikale Linke trotz Beteiligung an Wahlprotesten die eigenen Überzeugungen nicht aus den Augen verliert. Mit zahlreichen Aktionen tragen die russischen Anarchist*innen Ideen einer befreiten Gesellschaft in die neue gesellschaftliche Bewegung hinein. Und dies trifft auf viele Interessierte – und zugleich auch auf Feinde. Während der Abschlusskundgebung rief der, spätestens seit den Protesten im Wald von Chimki, sehr bekannte Anarchist Aleksej Gaskarow auf, keine falschen Allianzen einzugehen und direkte Demokratie aufzubauen. Eine Zusammenarbeit mit Repressionsorganen wie Polizei und Armee oder mit Nationalist*innen, wie sie von zahlreichen Redner*innen propagiert wird, dürfe es nicht geben, denn diese seien die Feinde jedes demokratischen Prozesses. Während seiner Rede versuchten rechte Demoteilnehmer*innen Gaskarow anzugreifen. Am libertären Block war jedoch Endstation. Dafür gab es nach dem Ende der Kundgebung jedoch Rache, indem bekannte Ultra-Nationalist*innen gemeinsam mit der Polizei eine Gruppe auf die Metro wartender Anarchist*innen angriff. Doch auch das politische Engagement außerhalb der offiziellen Proteste trifft auf viel Zustimmung. Im Gegensatz zum Lippenbekenntnis einer Solidarität mit Gefangenen, sind es libertäre Zusammenhänge, die Solidarität praktisch machen. Mit einer guten Berichterstattung über die Situation politischer Gefangener wie Filipp Kostenko und öffentlichen Soliaktionen wird der breite Kontext staatlicher Repression aufgezeigt. Politischer Protest wird so in unterschiedlichen Formen immer wieder in Tagesgeschehen eingebracht. Das in einer Zeit, in der viele Menschen allein schon aus persönlicher Betroffenheit, viel empfänglicher für politische Kritik sind. Viele der Demonstrant*innen sind das erste Mal bei einer nicht staatlich geduldeten politischen Aktion und kommen das erste Mal mit Repression in Kontakt. Das linke Prinzip der direkten Solidarität zeigt ihnen, dass kollektive Handlungsfähigkeit entstehen kann, wenn man nicht auf das der Polizei gute Zureden von irgendwelchen Parteichefs wartet, sondern selber aktiv wird. Damit die Proteste weitergehen, hat „Autonome Aktion“ die Kampagne „Unsere Wahl – Selbstorganisierung“ gestartet. Bei den weiteren Protesten wird weiterhin konsequent auf anarchistisch-antifaschistischen Blöcke und Themensetzung gebaut. Unter dem Slogan „Wir sind die 146 %“ werden Wahlbetrug wie auch die internationale Occupy Bewegung scherzhaft zitiert und zu einer politischen Bewegung aufgerufen, die Staat und Nation in Frage stellt. Die angespannte soziale Lage und der Wahlbetrug haben zu ersten Rissen im autoritären russischen Staatssystem geführt. Ob aus diesen Rissen eine Bedrohung für den Staat wird, ist ungewiss.

Die kreative und aktivistische anarchistische Szene in Russland ist aber gewillt einiges dafür zu tun.

Ägypten: Die freien Gewerkschaften befürchten neue Repressalien

★ *Von Maria Jansson*
Fria fack befarar nya repressalier
Arbetaren # 8/ 23.Februar 2012
Übersetzung: Erik Alfredsson
für syndikalismus.wordpress.com

Ein Jahr nach der Revolution ist in Ägypten das Meiste weiter in der Schwebe, und viele befürchten, dass das Regime sich an der Macht festklammern wird, mit Zustimmung der Moslembruderschaft.

Mit ein paar Stunden Verspätung kommt Kamal Abbas vom Gericht zurück ins Büro. Er ist Vorsitzender der CTUWS (Center for Trade Unions and Workers Services), einer Organisation, die seit vielen Jahren an der Gründung freier Gewerkschaften arbeitet. In einem Land, wo der Staat lange Jahre ein Monopol auf das Recht zur Organisierung beanspruchte, wird er nun von den staatlichen Gewerkschaften angeklagt, während einer Sitzung der ILO (International Labour Organization) deren Vertreter beleidigt zu haben. „Dies ist ein politischer Fall", sagt er und erzählt, wie er einen Redner unterbrach, um zu erklären, dass die staatlichen Gewerkschaften keine legitimen Vertreter der Ägyptischen Arbeiter*innen seien, sondern ausschließlich den Staat repräsentieren. „Wir versuchen ihnen entgegenzuwirken, und sie versuchen uns entgegenzuwirken. Der Staatsanwalt steht ganz deutlich auf ihrer Seite, aber wir werden sehen, wo der Richter steht", sagt er. Er erwartet ebenso, dass die Polizei bald eine weitere Welle von Razzien gegen unabhängige und regimekritische Organisationen durchführen wird, genau wie die gegen ausländische Menschenrechtsorganisationen kurz vor Neujahr.

„Dann wird unsere Organisation, ebenso wie andere, von der Schließung bedroht sein."

Die freien Gewerkschaften sind ein heikles Thema für den herrschenden Militärrat und das alte Regime, dessen Mitglieder großenteils auf ihren Posten als Minister und in der Staatsbürokratie verblieben sind. Historisch sind die Beziehungen zwischen Mubaraks Partei NDP und der Wirtschaft auf gemeinsamen geschäftlichen Interessen, auf Diensten und Gegenleistungen aufgebaut, wovon einer die Verhinderung freier Organisierung war. Als Beschäftigte der Industrie im vergangenen Jahr 240 neue freie Gewerkschaften gründeten, reagierten die meisten „Arbeitgeber*innen" damit, diese für illegal zu erklären und die Anführer*innen entlassen zu wollen. Immer noch ist es keiner freien Gewerkschaft gestattet, die Beschäftigten in Verhandlungen zu vertreten. Als die Regierung im vergangenen Jahr ein Verbot der Gründung freier Gewerkschaften aufheben wollte, blieb die Vorlage beim Militärrat hängen.

Aber es ist auch eine kritische Frage für die Moslembruderschaft, die zusammen mit den Salafisten eine Parlamentsmehrheit innehat. In der Vergangenheit hat man bei Konflikten die „Arbeitgeber*innen“ unterstützt, nicht die Gewerkschaft. Die Partei ist, trotz schöner Worte von sozialen Werten, zutiefst konservativ und betreibt eine weitreichende liberale Wirtschaftspolitik für freies Unternehmertum, minimale staatliche Eingriffe (sie will bspw. den Abbau staatlicher Subventionen) und hat Privatisierungen befürwortet. Außerdem sind einige der einflussreichsten Figuren in der Moslembruderschaft Eigentümer einiger der größten Unternehmen des Landes.

Unentschieden ist noch der Machtkampf zwischen der Bevölkerung auf der Straße, dem Militärrat und der Moslembruderschaft mit ihrer Dominanz im Parlament. Eine Verfassung soll ausgearbeitet werden, und auf irgendeine Weise müssen die verschiedenen Kräfte sich auf eine Machtverteilung einigen. Das Parlament oder das Regime können nicht zu weit gehen, ohne dass die Straße sie an die Revolution und den Volkswillen erinnert. Fraglich ist aber, ob dies ausreicht, solange das Regime seine Praxis nicht geändert hat und weiter unabhängige Aktivist*innen und Organisationen verfolgt. 12.000 politische Häftlinge sitzen noch im Gefängnis.

„Nichts hat sich eigentlich verändert. Das Regime ist das gleiche wie vorher. Aber was die Revolution wirklich verändert hat, ist, dass sie der Polizeibrutalität Grenzen gesetzt hat. Der Polizeiterror wurde gebrochen“, sagt Kamal Abbas und berichtet, wie die Polizei früher willkürlich Leute verprügelte, sie mit auf die Wache nahm und Beweise gegen sie fabrizierte.

Alle fragen sich nun, ob der Militärrat wie versprochen nach der Präsidentenwahl die Macht abgeben wird, oder nur so tut als ob – und nicht zuletzt, welche Politik und welche Interessen die Moslembruderschaft im Parlament vertreten wird. Laut Kamal Abbas kann eine Antwort recht schnell erfolgen, wenn der gestoppte Gesetzentwurf der Regierung zu freien Gewerkschaften im Parlament behandelt wird. „Das wird die Lackmusprobe für die Moslembruderschaft“, sagt Kamal Abbas, „wenn diese Frage zur Sprache kommt, müssen sie Farbe bekennen.“

Das „Internet-Kartoffel“-Experiment

★ *http://www.nachdenkseiten.de*

Da es sich zugleich um ein schönes Beispiel für intelligente Reaktionen der Gesellschaft auf die Krise handelt, will ich den Fall – und die Reaktion der linken Parteien – etwas ausführlicher darstellen.

Es begann mit der Aktion von einer Gruppe Bauern und Bäuerinnen aus Drama (in der griechischen Provinz Ost-Mazedonien), die im Zentrum von Thessaloniki zehn Tonnen Kartoffeln verschenkten. Die Bauern wollten damit gegen die niedrigen Preise protestieren, die ihnen von den Großhändlern für ihre Produkte geboten werden. Die bieten ihnen derzeit lediglich 10 bis 13 Cent für ein Kilo Kartoffeln, für das die Kunden im Laden dann 70 Cent und mehr zahlen müssen. Die Aktion der Bauern machte also auf die Gewinnspannen der Großhändler*innen aufmerksam.

Eine Initiativgruppe aus Katerini (einer Stadt 50 Kilometer südlich von Thessaloniki) nahm diese Aktion zum Anlass, den Bauern und Bäuerinnen ein neues Vertriebsmodell vorzuschlagen. Nach Absprache mit dem Verband der Agrargenossenschaften des Bezirks Drama richtete sie eine Internetseite ein, auf der Bewohner*innen von Katerini ihren Kartoffelbedarf anmelden konnten. Immer wenn die Menge von 20 Tonnen bestellt war, fuhr ein Laster in Drama los, der die Ware an die Kunden lieferte. Die Direktabnehmer bezahlen für das Kilo 25 Cent, also doppelt so viel wie die Großhändler*innen. Dennoch kosten die Kartoffeln den Kund*innen damit nur ein Drittel des Preises, den sie im Supermarkt zahlen würden. Die Initiativgruppe wählte im Übrigen für jede Kartoffellieferung andere Erzeuger*innen aus, sodass nicht immer die gleiche Genossenschaft zum Zuge kommt. Das Experiment mit den „Internet-Kartoffeln“ als ein Ansatz, die Verhandlungsmacht der Großhändler*innen auszuschalten, wird inzwischen in ganz Griechenland diskutiert und zum Teil nachgeahmt. Es gilt als leuchtendes Beispiel für Initiativen von unten. Die linken Parteien haben diese Initiative einhellig, aber mit unterschiedlicher Begründung, gut geheißen. Die DIMAR feierte die „Kartoffel-Bewegung“ in einer offiziellen Stellungnahme als Aufbruch für weitere Maßnahmen „zum Schutz der Erzeuger*innen, die Senkung der ungerechtfertigt hohen Endpreise für Agrarprodukte und für den Kampf gegen die überhöhten Profite“ und forderte die Kommunen und Selbstverwaltungsorgane auf, ähnliche Initiativen zu ergreifen. Vom Wirtschaftsministerium wird gefordert, die rechtlichen Voraussetzungen für solche „Volksmärkte“ zu schaffen, denn natürlich braucht es dafür in einem ordentlichen Gemeinwesen einer staatlichen Lizenz mitsamt einer Steuernummer. Hier meldet sich erkennbar die klassische linke Sozialdemokratie.

Höchst aufschlussreich ist auch die Reaktion der KKE. Die begrüßte in einer Presseerklärung (nachzulesen in der Kathimerini vom 5. Februar), dass mit dem Direktverkauf die „Monopole und Großhändler*innen an den Rand gedrängt“ würden. Aber ihre tiefes Misstrauen gegenüber Aktivitäten, die sich der Parteiaufsicht entziehen, ist mit Händen zu greifen: Selbst aus Anlass einer spontanen Kartoffel-Initiative verweist sie auf die „Notwendigkeit der zentralen Planung des Produktionsprozesses auch im Bereich der Nahrungsmittel“. Dabei wird triumphierend darauf verwiesen, dass eine solche Produktionsweise natürlich mit den Regeln der Europäischen Union unvereinbar ist, da diese „die produktiven Möglichkeiten des Landes zerstört“. Das kommunistische Rezept lautet entsprechend: „Ausstieg aus der EU, zentrale Planung, Vergesellschaftung aller Produktionsmittel einschließlich des Bodens, (...) und drastische Einschränkung des Import von Produkten, die wir selber herstellen können“.

Sedition

Neue anarchistische Zeitschrift in Australien erschienen

★

Manchmal liegen bestimmte Ideen einfach in der Luft. So hat z. B. die neue anarchistische Zeitschrift Sedition („Aufruhr“) vorerst einen ganz ähnlichen Publikationsweg gewählt wie die [改道] Gǎi Dào – nämlich als online zu lesendes und auch zum selbst ausdruckendes Magazin.

Sedition ist eine gemeinsame Zusammenarbeit dreier geographisch verteilter australischer anarchistischer Kollektive: des Melbourne Anarchist Clubs, des Jura-Kollektivs aus Sydney und Organize! – der anarcho-kommunistischen Gruppe aus Adelaide. Dieses Projekt ist ein konstruktives Medium zur Diskussion der Weiterentwicklung anarchistischer Gruppen und des Anarchismus in Australien in Theorie und Praxis. Wir streben an, die Kommunikations- und Organisationsnetzwerke zwischen unseren Gruppen zu verbessern und zum Nachdenken anregende Schriften zu produzieren. Die an der Herstellung von Sedition beteiligten Gruppen teilen nicht notwendigerweise die Ansichten der in diesem Journal veröffentlichten Meinungen.

Lest und beteiligt euch an der anarchistischen Presse! Falls du einen Artikel oder eine Abbildung beisteuern möchtest, auf einen Artikel in dieser Ausgabe antworten möchtest, oder falls du Fragen hast, kontaktiere uns bitte unter seditionjournal[at]gmail[dot]com.
anarchy.org.au/sedition

Sedition
A Journal of Australian Anarchist Thought

Warum Anarchie?

★ *Ralf Burnicki*

Weil die Tage im Kapitalismus verbrennen und kein Wasser die Flammen löscht. Weil sein Licht überall ist und auf den Körper geklebt jeden Zentimeter des Lebens erniedrigt. Weil den Nächten die Worte fehlen und der Schlaf der Vorbote der Arbeit ist. Weil das Klingeln des Weckers den Morgen erbricht, und weil die sinnloseste Fortsetzung der Übelkeit die Betriebe sind. Weil die Jahre zur Arbeitszeit verkommen. Weil die Hoffnung den Kredit abzahlen muss.

Weil die Mittage von den Chefetagen herunterfallen wie Steine. Weil die Steine nicht zurückfliegen dürfen. Weil Betroffene kein Rückgaberecht besitzen. Weil die Entscheidungen von oben kommen. Weil es Gewinner und Verlierer gibt. Weil das alles so bleiben soll. Weil die Geschichte mit dem Zeigefinger nach unten zeigt. Und irgendwer die Angst vor der Freiheit erfand.

Weil die Sonne auf dem Dienstweg daher kommt und die Nachmittage Verzichtserklärungen gleichkommen. Weil der Staat das Ende aller Revolutionen festschreibt. Weil das Leben eine Landschaft ist für die Dienstwagen der Regierungen. Und Wahlen nur Rastplätze sind, auf denen Parteien Stimmungen Gassi führen. Weil die Medien den Alltag an der Leine halten. Weil die Zukunft eine Veranstaltung von Parteizentralen ist. Während die Konzerne Rastplätze bauen und Verzichtserklärungen verteilen.

Weil uns die Arbeit ermüdet. Und kein Atem bleibt für die Frage nach Freiheit. Weil die Abende kurz sind und jeder Tag uns ins Feuer stößt. Weil sich das alles ändern kann. Weil Hierarchien keine Ideen sind und Macht keine Antwort. Weil Rastplätze kein Ersatz für Landschaften sind. Weil in Zukunft jede und jeder mitreden soll.
Weil der Tag allen Menschen gleichermaßen gehört.
Weil wir Fragen in die eigenen Hände nehmen können.
Weil wir neue Sätze schaffen.
Weil wir keine Verzichtserklärung unterschreiben.

Pressemitteilung: Asylbewerber der Stadt Würzburg im Hungerstreik

★

Wir sind einige der in Würzburg ansässigen iranischen Asylbewerber, die nach Deutschland flüchten mussten, um ihr Leben zu retten. Nun sehen wir uns hier vor das letzte Mittel gestellt und treten am 19.03.2012 in den Hungerstreik, damit man uns endlich hört und uns ein menschenwürdiges Leben zugesteht.

An die Verantwortlichen der bayerischen Asylpolitik:

Wir beschweren uns bei der bayerischen Regierung aufgrund ihrer nicht gehaltenen Versprechen, unsere ungewissen und leidvollen Umstände zu verbessern. Um eine Anerkennung unseres Status als politische Flüchtlinge, wie auch eine Besserung unserer Lebensverhältnisse zu erreichen, fühlen wir uns gezwungen, zum letzten der uns möglichen Mittel zu greifen und in den Hungerstreik zu treten.

Wir leiden unter dem langwierigen, Jahre anhaltenden Prüfungsprozess unserer Asylanträge und hoffen jeden Tag darauf, dass sich diese Folter der Ungewissheit schnellstmöglich zum Besseren wendet. Diese Ungewissheit und dass uns keinerlei Selbstständigkeit im Alltag gewährt wird, wir außerdem wie Gefangene gehalten werden, zermürbt uns und treibt uns Schritt für Schritt in den Tod.

Der Selbstmord Mohammad Rahsepars, welcher sich am 29.01.12 in Würzburg ereignete, ist nur ein Beispiel dafür, wozu solchen Umstände treiben.

Wenn ein deutscher Staat derlei menschenverachtende Lebenssituationen billigend in Kauf nimmt, werden wir es fortan bevorzugen, unseren Weg in den Tod in aller Öffentlichkeit zu gehen.

Wir sind politische Asylbewerber*innen, die der Hölle der „islamischen Republik“ Iran entflohen sind. Der Iran ist ein Land, in dem heutzutage Menschenrechte, seitens der dort etablierten Machthaber*innen, mit Füßen getreten werden und weder Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, noch Religions- und Meinungsfreiheit vorherrschen. Wir mussten von dort fliehen um unser Leben zu retten und suchten daraufhin Asyl in einem sicheren Land. Doch in diesem hochentwickelten Land im Herzen Europas, welches sich tagtäglich über die Menschenrechtsverletzungen in anderen Staaten empört, fühlen wir uns selbst mit einer absolut unmenschlichen Behandlung konfrontiert. Jeder Mensch, der sich in einer solchen Zwangslage wie wir befindet, der er nicht entfliehen kann und die ihm dabei eine ungewisse und zweifelhafte Zukunft offenbart, wird angesichts dieser selbst den Tod als bessere Alternative bevorzugen.

Wir werden unter keinen Umständen in die Hölle des iranischen Regimes zurückzukehren! Ein Regime, das vor den Augen der ganzen Welt gegen die Menschenrechte verstößt, Menschen zu Unrecht einkerkert, foltert, vergewaltigt und öffentlich erhängt und steinigt. Wie kann man ein solches Land als sichere und lebenswerte Heimat betrachten?
Doch wir akzeptieren auch nicht die menschenunwürdige Behandlung des bayerischen Staates an uns!

Aus diesem Grund fordern wir die bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Christine Harderthauer, dazu auf, nach Würzburg zu kommen, damit sie Stellung bezieht zu der, im Vergleich zu andern Bundesländern besonders harten Lebenssituation Asylsuchender im Freistaat Bayern. Und damit sie darüber hinaus unseren Status als politische Flüchtlinge anerkennt.

Wir laden außerdem jede(n), die/der sich mit unserer Protestaktion solidarisch erklärt, oder schlicht interessiert ist, herzlich dazu ein, ab dem 19.03.12 an den Vierröhrenbrunnen vor dem Rathaus in Würzburg zu kommen, um sich über unsere verzweifelte Lage zu informieren und uns bei unserem Vorhaben zu unterstützen.

Wir werden unseren Streik fortführen, bis die Verantwortlichen für die bayerische Asylpolitik mit uns verhandeln und wir die Anerkennung unseres Asylantrags, sowie eine Verbesserung der Situation all der Schutzsuchenden in Deutschland erreichen.

Kontakt-Personen:

Masoud Hosinzadeh
***Tel**: 17677009092*

Shahnaz Morattab
***Tel**:015774650186*
***E-Mail**: Gustreik@web.de*

Aufruf!

Die Bibliothek der Freien braucht (auch) Geld

★ *Initiative Glückliche Leserinnen und Leser / Freundeskreis der Bibliothek der Freien*

Seit nunmehr fast 20 Jahren existiert in Berlin die ›Bibliothek der Freien‹, die als unabhängige Institution einen Schwerpunkt auf libertäre Literatur legt. Allein in den letzten 3 Jahren gab es ca. 2.000 Neuzugänge. Neben einer Präsenzbibliothek, aus der auch Bücher entliehen werden können, gibt es (Teil-)Nachlässe / archivarische Sammlungen und ein umfangreiches Zeitschriftenarchiv mit libertären Zeitschriften aus zahlreichen Ländern der letzten ca. 150 Jahre, die gerade mit viel Aufwand sortiert und katalogisiert worden sind. Neben dem Betrieb der Bibliothek wurden zahlreiche kostenlose Veranstaltungen organisiert. Es gab Beratungen zu wissenschaftlichen Arbeiten, Gedankenaustausch und auch zahlreiche Publikationen aus dem Umfeld der Bibliothek. Die Betreiber*innen der Bibliothek trugen bisher die Hauptlast der Finanzierung. Das ist so nicht fortführbar und muss sich ändern, denn wir haben noch eine Menge vor!

Wir gründen einen Freundeskreis der Bibliothek der Freien.

Die Aufgabe dieses Freundeskreises sollte es z. B. sein, durch Daueraufträge die laufenden Kosten der Bibliothek abzudecken, auch mal einen Fahrkostenzuschuss für Referent*innen zu begleichen, Büromaterial kaufen zu können (hier wird auch ein Laptop gebraucht

und Internetanschluss) und als ein mittelfristiges Ziel: Neue Räume anmieten zu können. Wir möchten durchaus, dass die Bibliothek im Haus der Demokratie bleibt, aber die jetzige Situation, dass Teile des Bibliotheksbestands wegen Platzmangels auf mehrere Privatwohnungen verteilt ist, scheint uns ein unmöglicher Zustand. Auch um die zahlreichen Archivalien präsentieren und bearbeiten zu können, braucht die Bibliothek eine solide und gesicherte finanzielle Basis.

Ziel des Freundeskreises ist es, 100 Personen zu finden, die je 10 Euro als Dauerauftrag pro Monat auf das Spendenkonto der Bibliothek der Freien überweisen. Ansonsten sind Spenden in Form von Büchern und/oder Einmal-Spenden herzlich willkommen.

Geld ist auch nur Papier.

Habt Ihr Fragen an uns?
E-Mail: *freundeskreis@bibliothekderfreien.de*
Persönlicher Ansprechpartner: Jochen Knoblauch

Spenden mit dem Stichwort »Bibliothek« bitte auf das Spendenkonto der Bibliothek der Freien:
Konto-Nr.: 4566548
Bankleitzahl: 830 654 10

Pussy Riot

Queer, feminstisch und kriminalisiert

★

Im Herbst des vergangenen Jahres tauchten erstmals Aktivist*innen mit selbstgemachten Strickstürmhauben, schrillem Outfit, Rauch und Pyrotechnik auf den Straßen Russland auf. Es begann auf einem Bus im Zentrum Moskaus. Sie sangen vor einem Knast für die im Dezember während der Proteste gegen die Fälschungen der Duma-Wahlen inhaftierten Menschen. Eine weitere Performance enterte die Moskauer Metro. Legendär und erstmals auch weltweit wahrgenommen wurde die Aktion auf dem Roten Platz in Sichtweite des Kreml. Ende Februar diesen Jahren setzten die Aktivist*innen noch eins drauf und feierten in der Christus-Erlöser-Kathedrale, der Kirche mit dem engsten Bezug zum russisch-orthodoxen Patriarchat und dem Staat, eine „Punk-Andacht" und baten darum, dass die Jungfrau Maria Putin endlich verjagen solle.

Hinter den politischen Kunstperformances steckt das Kollektiv „Pussy Riot", das sich nach eigenen Angaben formierte, als Putin und Medvedjev ihre längst allgemein bekannte Ämterrochade offiziell machten. Außerdem wollten sie die musikalische Subkultur Punk in Russland um emanzipatorische Ansätze erweitern und feministische, queere, ökologische, antinationalistische und anti-staatliche Diskurse etablieren. Die Aktivist*innen treten unerwartet, anonym und zahlreich auf. Sie haben keine Namen. Sie sind Feminist*innen, Umweltschützer*innen oder andere emanzipatorische Aktivist*innen. Für die mediale Wahrnehmung, neben der unmittelbaren während den Politperformances, sorgen eigene Videoaufnahmen, Fotografen und vertrauenswürdige Journalist*innen.

Die Aktivist*innen von „Pussy Riot" beziehen sich explizit auf die Riot Grrrl Bewegung der 90iger Jahre radikalisieren die künstlerischen Wurzeln aber massiv und ergänzen sie um einen emanzipatorisch interventionistischen Charakter ihrer Performances.
Es geht „Pussy Riot" sichtbar nicht nur darum im eigenen Spektrum Akzente zu setzen, sondern den öffentlichen Raum als Ganzes als Bühne zu nutzen und das Publikum unmittelbar in ihren Performances einzubeziehen.

In den ersten Aktionen des Aktivist*innen- und Künstler*innenkollektivs eignete sich „Pussy Riot“ den öffentlichen Nahverkehr der russischen Hauptstadt an. Mit ihrem Titel „Osvobodi bruchatku“ (Befreie den Pflasterstein), in dem es um die lautstarke und kämpferische Übertragung de Taktiken des so genannten „Arabischen Frühlings“ in Ägypten und Libyen auf die russische Gesellschaft geht, traten die Aktivist*innen in der Moskauer Metro, auf dem Flughafen, auf zentralen Straßen sowie auf den Dächern von Oberleitungs- und Autobussen auf. Das erste Video des Kollektivs dokumentiert die Interventionen in den Öffentlichen Raum und Reaktionen der Zuschauer*innen.

Das zweite Video zum Titel „Kropotkin-Vodka“ dokumentiert weitere Auftritte im öffentlichen Raum. Der Text des Liedes ist ein Aufruf zur Aneignung der Stadt und gleichzeitig eine Absage an alle „scheiß Sexist*innen und verfickten Putinist*innen“. Mit Mehl, Feuerlöscher, Pyrotechnik, Konfetti, Gitarre und den obligatorischen Strickhassis bewaffnet zogen die Artist*innen durch Moskaus Straßen und spielten auf ausgestellten Edelkarren, Verkaufsbuden, in Schaufenstern von Boutiquen, bei Modenschauen, Kaufhäusern usw.

Die erste vollständig als Einzelperformance dokumentierte Aktion fand am 14. Dezember 2011 statt. „Pussy Riot“ sang an diesem Tag für die Inhaftierten der Proteste gegen die Fälschungen der Duma-Wahlen am 5. und 10. Dezember vor der Gefangenensammelstelle Nr. 1 in Moskau. Ihr Titel „Smert’ tjurme, svobodu protestu“ (Tod dem Knast, Freiheit dem Protest) richtet sich gegen die Kriminalisierung verschiedener Spektren und für die (Wieder-) Aneignung des öffentlichen Raumes durch politischen Protest. Hierbei wird die LGBT-Bewegung und die Repression gegen aktive Feminist*innen besonders hervorgehoben. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass in St. Petersburg ein homophobes Gesetz „Gegen homosexuelle und pädophile Propaganda“ angenommen wurde und bereits in Kraft ist. Außerdem sind queere Aktivist*innen immer wieder, wie zum Beispiel bei den Gay-Pride-Paraden oder anderen Aktionen zur Gleichbehandlung, mit massiver Repression durch die Sicherheitsorgane konfrontiert und müssen sich gegen Übergriffe von Nazis wehren.

Der Auftritt von „Pussy Riot“ Ende Januar auf dem Roten Platz sorgte erstmals für eine breitere Wahrnehmung der Politperformances des Kollektivs auch außerhalb der russischen sozialen Netzwerke und kremlkritischen Spektren. Außerdem wurde auch im Ausland über die Aktionen der Aktivist*innen und Künstler*innen berichtet. Dies war aber auch nicht anders zu erwarten. Schließlich attackiert „Pussy Riot“ mit ihrem Titel „Putin sassal“ (Putin hat sich vollgepißt) explizit und offen den unabwählbaren Alt-Ministerpräsidenten und Neu-Präsidenten Russlands Vladimir Putin in Sichtweite des Kremls unweit der Fenster zum Büro des Autokraten. Hinzu kommt, dass die Artivist*innen offen zum Aufstand gegen das patriarchal-sexistische System und die orthodoxe Kirche aufrufen.

Nachdem das Kollektiv im Januar dem Kreml, dem Symbol des politischen Systems Russlands und Amtssitz seines Alleinherrschers Putin, ihre Abneigung entgegen schrien, war am 21. Februar die „heilige rechtgläubige Kirche“ dran. Mit einem Punk-Gottesdienst beehrten sie die Christ-Erlöser-Kathedrale, die durch Stalin zerstört und Anfang der 90er durch (neu-) erweckte Staatschrist*innen als Ort der Begegnung zwischen russischem Patriarchat und dem Staat wiederaufgebaut wurde. Der Termin war im Übrigen bewusst gewählt. Die Gläubigen wurden am zweiten Tag der so genannten Butterwoche (Maslenica), die in etwa dem deutschen Karneval entspricht, am „Tag der Spiele“, an dem auf den Öffentlichen Plätzen Straßentheater gezeigt wird, mit einem ganz besonderen Spektakel überrascht. Die Aktivist*innen und Künstler*innen beteten direkt vor der Ikonostase, dem Ort, der nur den Priestern und Diakonen vorbehalten ist, darum endlich von Putin erlöst zu werden. Im Titel „Bogorodica, Putina pogoni“ (Heilige Maria Gottgebärerin, verjage Putin) wird in erster Linie die Kirche als sexistisch-patriarchale Institution attackiert und ins Verhältnis zur Kriminalisierung queerer Aktivist*innen gesetzt. Außerdem verweisen die Aktivist*innen auf die untrennbare Koalition der Kirche mit dem Staat, wo in der heiligen Symphonie der Staat sich um die Ausbeutung und Erniedrigung der Körper sowie die Kirche um die Konditionierung und Reglementierung der „Seele“ kümmert.

Das Staat und Kirche nicht nur als ideologische sondern auch als politische Einheit begriffen werden müssen, zeigte sich wie schnell und willkürlich die Repression einsetzte. Nach nur wenigen Tagen bekamen vermeintlich beteiligte Aktivist*innen, bekannte Feminist*innen, queere Menschen und andere emanzipatorische Frauen (!) Besuch der Sicherheitsorgane. Am Vorabend der Präsidentenwahl am 4. März wurden im Zuge der Ermittlungen die bekannte feministische Künstler*in Nadezhda (Tolokno) Tolokonnikova und die Umweltschützer*in Marija Aljokhina durch

ein vierzigköpfiges Sonderkommando als vermeintliche Mitglieder von „Pussy Riot“ und Beteiligte an der Punk-Andacht in der Christ-Erlöser-Kathedrale verhaftet. Ihnen wird „besonders schwerwiegende Störung der öffentlichen Ordnung“ vorgeworfen.

Die beiden Aktivist*innen haben gegenüber den Ermittlungsorganen nach Angaben ihrer Anwälte bislang keine Aussage gemacht. Sie bekennen sich weder dazu Teil von „Pussy Riot“ zu sein oder sich an der Performance in der Kirche beteiligt zu haben. Beide befanden sich, auch um gegen die widerrechtliche Inhaftierung und die Absurdität der Vorwürfe zu protestieren, bis vor wenigen Tagen im Hungerstreik. Obwohl beide Aktivist*innen Kinder haben und keinerlei Fluchtgefahr besteht wurde die Untersuchungshaft am Donnerstag, dem 14. März 2012, bestätigt und bis zum 24. April verlängert. Die Ermittlungen und der massive Druck auf Tolokonnikova und Aljokhina gehen unterdessen weiter. So berichtet einer der Anwälte der Beschuldigten, dass die beiden Inhaftierten indirekt mit dem Entzug des Sorgerechts bedroht werden. Die Beamt*innen suchen keineswegs nur nach Nachweisen für die Vorwürfe, sondern befragen die Umgebung der Inhaftierten, so zum Beispiel die Kindergärtner*innen und Bekannte, danach, ob sie gute „Mütter“ wären. Hinzu kommen Anrufe bei den Familien der gefangenen Aktivist*innen und Unterstützer*innen, in denen diese mit Gewalt und Vergewaltigung bedroht werden. Dass dies keineswegs leeres Gerede ist musste vor wenigen Wochen Filipp Kostenko feststellen, der von Beamt*innen des so genannten „Zentrum zur Bekämpfung des Extremismus“ (Zentrum-E) zusammengeschlagen und dem die Beine gebrochen wurden.

Am vergangenen Freitag, dem 16. März, wurde die Aktivist*in Ekatarina Samucevich als Verdächtige festgenommen. Sie wurde bisher als Zeug*in befragt. Gegen die Inhaftierung hat ihr Anwalt Nikolaj Polozov gestern Beschwerde eingelegt. Es liegt aufgrund der Zusammenarbeit seiner Mandantin mit den Behörden und der fehlenden Fluchtgefahr kein Grund für die Inhaftierung vor. Deshalb muss Samucevich sofort freigelassen werden.

Die Berichterstattung über die Kriminalisierung von „Pussy Riot“ und die Inhaftierung vermeintlicher Mitglieder des Aktivist*innen- und Künstler*innenkollektivs wird in Deutschland durch die vermeintlichen Qualitätsmedien nicht berichtet. Oder wenn doch über den Fall geschrieben wird, wird, wie im Berliner Tagesspiegel, die Unschuldsvermutung der Beschuldigten offen aufgehoben. Die inhaftierten Menschen werden in dem Artikel „Pussy Riot – Frauenaufstand gegen Putin“ ganz selbstverständlich zu Mitgliedern von „Pussy Riot“ erklärt und ihre Beteiligung am Punk-Gottesdienst implizit als Tatsache dargestellt. Die Attribute vermeintlich oder mutmaßlich in Zusammenhang mit den Beschuldigungen kommen nicht vor. Die Autor*in Elke Windisch reproduziert lediglich tendenziös und boulevardesk die Vorwürfe der Kirche und der Ermittlungsorgane.

Die inhaftierten Aktivist*innen brauchen eine laute und umfassende Unterstützung. Der Vorwurf der „besonders schwerwiegende Störung der öffentlichen Ordnung“ soll auf Druck des russisch-orthodoxen Klerus offenbar um „erschwerende“ Momente wie Tatbegehung als organisierte Gruppe, Verhetzung auf (in diesem fall) religiöser Basis usw. erweitert werden, was bedeutet, dass den Beschuldigten bis zu sieben Jahre Knast blühen könnten. Es ist wichtig, aktiv zu werden! Weltweit gab es bereits am 8. März Aktionen in Solidarität mit den inhaftierten Aktivist*innen und gegen die Kriminalisierung des Kollektivs „Pussy Riot“. Eine internationales Unterstützer*innengruppe betreibt die Soli-Seite freepussyriot.org auf Russisch, Englisch, Deutsch und Französisch. Dort sind zahlreiche aktuelle Informationen und Material zu finden.

Sächsische Schweiz Politisch Land unter?

★ *von w.m.*

Die Sächsische Schweiz / Elbsandsteingebirge am östlichen Ende des Erzgebirges ist wohl eines der faszinierendsten Mittelgebirge auf deutschem Staatsterritorium. Der ehemalige Meeresboden, der durch tektonische Verschiebungen wieder ans Tageslicht befördert und von der Elbe ausgewaschen wurde, zieht jedes Jahr tausende Reisende in ihren Bann. Der Nationalpark Sächsische Schweiz bietet Schutzraum für hunderte bedrohte Pflanzenarten, aber auch seltene Tiere wie Luchse, Dachse, Hirsche, Biber, Steinadler, Eulen, Schwarzstorch, Eisvogel uvm.

Auch frühgeschichtlich ist das Elbsandsteingebirge eine interessante Region, finden sich hier doch Spuren frühsteinzeitlicher Kultanlagen, germanischer und slawischer Besiedlung. Auch die beeindruckende Dichte von über 48 mittelalterlichen Burg- und Wehranlagen ist eine interessante und spezifische Eigenheit.

Am bekanntesten mag der Landkreis Sächsische Schweiz, der sich elbaufwärts von Pirna erstreckt, wohl aber durch seine hohen NPD-Wahlergebnisse und den hohen Organisiertheitsgrad dort lebender Neo-Nazis sein. Dieser Artikel möchte einen Einblick in die politische Geschichte und Gegenwart der Region bieten und dabei die Frage beantworten: Sächsische Schweiz – politisch Land unter?

*Kommunistische Arbeiter*innen demonstrieren am 1. Mai 1932 vom kleinen Dorf Dohna nach Heidenau*

Sozialistischer Schutzbund führt 1932 eine Demonstration in Pirna durch

Geschichte der Sächsischen Schweiz im National-Sozialismus

Vor 1933, „eine rote Hochburg“

Vor der Machtübergabe an die National-Sozialist*innen verfügte die Sächsische Schweiz über eine rege linksradikale und kommunistische Politlandschaft.
Über anarchistische und anarcho-syndikalistische Organisierung gibt es zur Zeit noch wenige gesicherte Quellen. Nach Jürgen Jenko waren zumindest FAUD-Ortsgruppen* aus Dohna und Pirna in der örtlichen Kreisarbeiterbörse (KAB) vertreten.[1] Nachweisbar sind außerdem Bemühungen der KAB Ostsachsen in den Fischerdörfern wie Postelwitz und Wehlen durch eine Vortragsreise von Alfons Pilarski für die Binnenschifffahrtsorganisation der FAUD zu werben.[2] Ein

*[*] Freie Arbeiter Union, Anarcho-Syndikalistische Gewerkschaft 1918-1933 [1] Jenko, Jürgen: Die anarcho-syndikalistische Bewegung (FAUD) in Dresden, Bochum 2004, Magisterarbeit [2] Rübner, Hartmut: Freiheit und Brot, Libertad Verlag Potsdam, Berlin/Köln 1994 [3] Gedenktafeln in Stadt Wehlen und a, Naturfreundehaus Reinhardtsdorf-Schöna. [4] Zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes auf dem Territorium der ehemaligen Amtshauptmannschaft Pirna, Hg. Sozialistische Einheitspartei Deutschlands — Kreisleitung Pirna, Kreisleitung Sebnitz Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, Heidenau 1983. Anmerkung: SED-Quellen sind mit Vorsicht zu genießen, da von der SED Zahlen beschönigt wurden und oppositionelle Widerstandskämpfer*innen oft ausgespart wurden. Sie werden hier nur verwendet, wenn sich die Fakten auch in späteren, kritischeren Publikationen finden oder anzunehmen ist, dass es kein Interesse an einer Revision der betreffenden Fakten gab.*

Burg Hohnstein, eines der frühesten KZs in Deutschland. Viele Häftlinge stürzten sich hier aus Verzweiflung 80 Meter in die Tiefe.

weiteres Indiz für anarcho-syndikalistische Aktivist_innen in der Region liefern Fotos des 1. Mai-Umzuges 1932 und anderer Veranstaltungen in Dohna, bei denen eine fortlaufende Betätigung der Gemeinschaft proletarischer Freidenker (GpF) auffällt. In der GpF tumelten sich sozialistische Splittergruppen, KPD-Mitglieder, Unionist*innen aber auch viele anarcho-syndikalistische Menschen.[2] Die Region war vor 1933 ebenfalls Schauplatz eines Esperanto-Weltkongresses und einer Friedenskonferenz der Naturfreunde.[3] Die linken Teile der Arbeiterklasse verfügten über mehrere Naturfreunde-Einrichtungen, Häuser und Hütten linker, antiautoritärer und kommunistischer Wander-, Sport- und Klettergruppen. Selbst in sehr kleinen Dörfern waren gut organisierte KPD-Strukturen vorhanden.[4]
Als im Januar 1933 neun organisierte Arbeiter*innen in Dresden bei einer Veranstaltung gegen den Faschismus durch die Polizei erschossen wurden löste das auch in der Sächsischen Schweiz mehrere Massendemonstrationen aus, die meist von KPD und Roter Hilfe organisiert wurden.[4]

Ende Januar bereiteten sich die proletarischen Organisationen verstärkt auf die bewaffnete Abwehr der National-Sozialist*innen vor. So führte der Rotfront-Kämpferbund nahe Pirna z. B. eine militärische Übung mit 200 Freiwilligen durch.

In den darauf folgenden Wochen stellen sich in vielen Orten wie Dohna und Pirna SPD-Parteigruppen gegen ihre Führung und rufen zusammen mit der KPD zum Generalstreik und der bewaffneten Einheitsfront auf. Gleichzeitig verschärfte sich die Repression gegen Antifaschist*innen. Überfälle, Verhaftungen und Morde häuften sich und zwangen die Strukturen in den Untergrund. Trotzdem erhielten SPD und KPD bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 im Landkreis weit mehr Stimmen als die NSDAP.

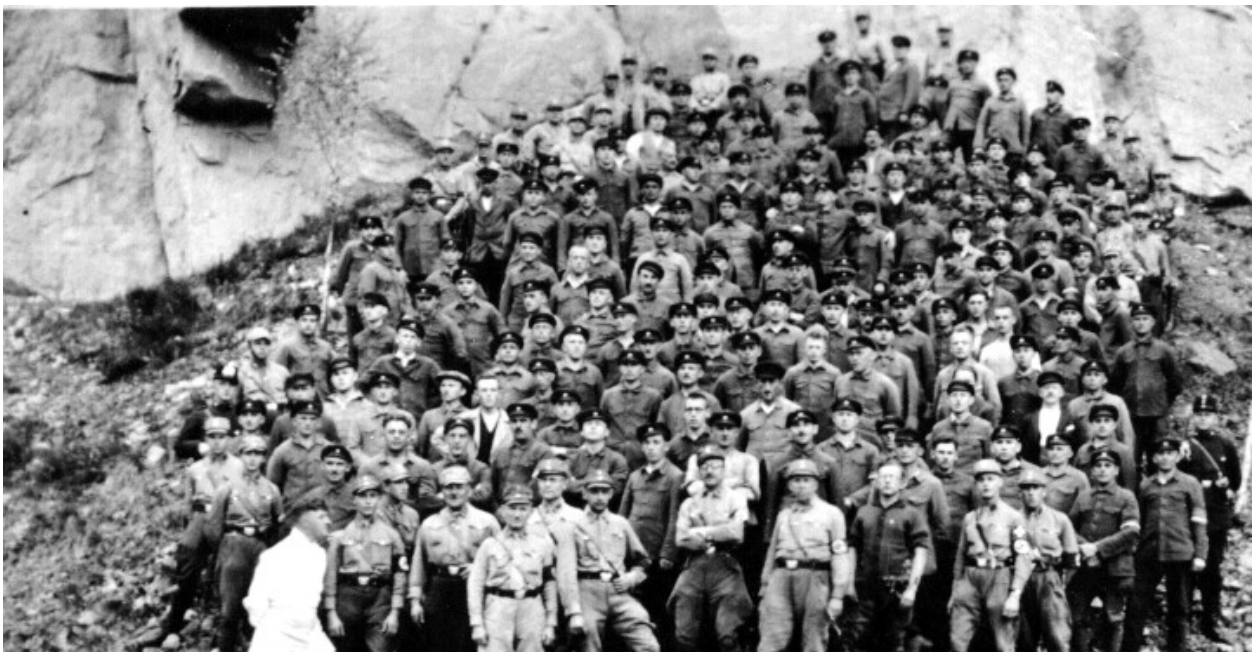
Elbsandsteingebirge unterm Hakenkreuz

Eines der frühesten KZs in Deutschland wurde direkt nach der Reichstagswahl in Königstein-Halberstadt errichtet, es bestand nur bis August 1933, da die Schreie der gequälten über die Elbe bis in die Königsteiner Innenstadt zu hören waren.
In ihm wurden 200 Antifaschist*innen interniert, was nach Berichten eine besondere Qual war, da das Gebäude bis zur Machtübernahme als sozialistisches Sportler*innenheim gedient hatte.
Bereits am 8. März 1933 besetzte die SA die Burg Hohnstein, die bis dahin als Jugendherberge diente, und baute sie zum KZ aus. Hier wurden vor allem politische Häftlinge interniert. Bis zur Auflösung des Lagers am 25. August 1934 saßen hier ca. 5.600 Häftlinge ein. Folterungen wie Hungern, der Zwang zum Singen faschistischer Lieder, Prügelorgien bis zur Bewusstlosigkeit oder dem Tod und Wasserfolter waren an der Tagesordnung. Heute geht die Forschung von 140 Todesopfern aus. Durch den hohen Grad an organisierten Aktivist*innen unter den Häftlingen gelang es sehr früh ein Lagerkomitee zu etablieren, das die Torturen für die Häftlinge zu mildern suchte, Informationen und Warnungen aus dem Lager schmuggeln und insgesamt ca. 30 Menschen zu Flucht verhelfen konnte. Nach 1939 diente die Burg weiterhin als Kriegsgefangenenlager bis 1945.[6] Besonders drastisch dabei ist, dass sich die Burg mitten über der Ortschaft befindet und die Geschehnisse so von allen Bürger*innen gut verfolgbar waren. Immerhin führte dies auch vereinzelt zu vorsichtigen Protesten.

In der Pirnaer „Fronfeste“ wurden immer wieder politische und jüdische Häftlinge festgesetzt, gefoltert und verhört.[4] Nach der Reichstagswahl sollen hier auch einige stadtbekannte Kommunist*innen umgehend erschossen worden sein.[7]

Die meisten Toten forderte die NS-Gewaltherrschaft auf der ehemaligen Festung Pirna Sonnenstein. In den Jahren 1940-1941 wurden hier über 15.000 Men-

[5] Ehrenmale, Gedenkstätten, Erinnerungsstätten und Mahnstätten der Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Widerstandskampfes im Kreis Pirna, 2. Auflage, 1984 [6] gedenkplaetze.info – Hohnstein: Ehemaliges Schutzhaftlager Hohnstein, 22.12.2011 [7] Gespräch mit Angehörigen September 2006, Pirna [8] geschichte-pirna.de – Hugo Jensch: Euthanasie – Aktion „T 4“ Verbrechen in den Jahren 1940 und 1941 auf dem Sonnenstein in Pirna [9] Gedenktafeln in der Stadt Pirna, Sommer 2006 [10] gedenkplaetze.info – Landkreis Sächsische Schweiz/ Osterzgebirge, 22.12.2011 [11] Schindler, Joachim – Rote Bergsteiger, Hg. AKuBiZ e.V., 1. Auflage, Pirna 2008



SA-Wachen posieren mit Häftlingen im Steinbruch am KZ Königstein Halbestadt

schen im Rahmen des Euthanasieprogramms „T4“ mit Gas, Medikamenten und Nahrungsentzug ermordet.[8] Auch hier schockiert nicht nur, wie viele Menschen an der Abriegelung des Geländes, der Bürokratie, dem Transport der Opfer und der Ermordung selbst beteiligt gewesen sein müssen, sondern vor allem die Lage der Tötungsanstalt inmitten der Stadt Pirna. So lag an manchen Tagen über der gesamten Innenstadt der Geruch des verbrannten Fleisches aus den Krematorien. Die Asche der verbrannten Leichen wurde wenige Meter von der Innenstadt und der Kirche St. Marien entfernt einfach den Elbhang hinunter gespült.[9]

Neben den genannten Orten gab es noch Außenstellen des KZs Flossenburg, die der militärischen Treibstoffherstellung dienten, und weitere Kriegsgefangenenlager in Porschdorf (Schwalbe III), Königstein (Orion I und II, Oflag IV B) und Pirna (Dachs VII).[10] Dazu kamen diverse Folteranstalten und -zellen von Polizei, Gestapo, SA und SS. Das Elbsandsteingebirge war somit von 1933 bis 45 Schauplatz tausender nationalsozialistischer Morde und Folterungen, was auch großen Teilen der Bevölkerung keineswegs entging.

Rote Bergsteiger_innen und anderer Widerstand

Die bisherigen Arbeiten zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus stammen zu größten Teilen aus den Federn der „Antifaschistischen Komitees“ der SED. Darüber hinaus gibt es nur kleinere Texte von trotzkistischen Gruppen, ein Buch des Heimatforschers Joachim Schindler und wenige Randnotizen in anarchistischer Literatur. Ein großer Teil der Widerstandskämpfer*innen, die nachweisbar in der Sächsischen Schweiz aktiv waren, waren jedoch nicht auf „Moskauer Linie“. So kam es, das viele Antifaschist*innen, die das Ende des Krieges in Nazi-Haftanstalten auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone erlebten, gleich weiter in diesen inhaftiert blieben. Folglich fanden eine ganze Reihe trotzkistischer, christlicher oder anderer Widerstandsgruppen keine Erwähnung und es ist zu vermuten, dass der Beitrag einzelner Gruppen und Personen überhöht wurde.[11]

Die durchgeführten Aktionen im betrachteten Gebiet bestanden vor allem in illegalen Grenzübertritten bis zum Einmarsch der Nazis ins Sudetenland 1938. Auf diesen Grenztouren wurde Kontakt zur Widerstandskoordination im Exil gehalten, antifaschistische Literatur zur Weitergabe nach Deutschland gebracht und haftbedrohte Menschen hinausgeschleust. Ziel war nicht die sofortige militante Gegenwehr gegen Hitlers Truppen, sondern zunächst der Aufbau weiterer Widerstandsstrukturen und die Agitation unter den Arbeiter*innen. Zu Schusswechseln kam es nur, wenn etwas schief lief.

Der Begriff „Rote Bergsteiger“ wurde in der DDR zunächst in einem Buch und später in einer Fernsehserie für einen Teil des Widerstands aus den Reihen der ehemaligen „Vereinigten Kletterabteilung“ (VKA) der Naturfreundeopposition verwendet. Bald entwickelte sich der Begriff jedoch zum Synonym für alle Grup-

Proletarische Wehrsportübung im Elbsandsteingebirge 1932

pen, die in der Region durch illegale Grenzarbeit Widerstand leisteten. Dabei ist der Begriff dazu mehrfach untauglich. Zum einen waren längst nicht alle Widerstandsgruppen aus den Reihen von Bergsteiger*innen entstanden, sondern kamen ebenso auch aus Touristen- und Heimatverbänden, Wander- und Turnergruppen, Parteien und Gewerkschaften oder einfach Freundeskreisen.
Weiterhin war auch die Gesinnung der aktiven Antifaschist*innen äußerst weit gefächert und verdient so kaum die einheitliche Bezeichnung „rot".

Einige Beispiele für illegale Tätigkeit: März 1933, in Pirna, Dohma und Dohna wurden rote Fahnen auf örtlichen Industrieschornsteinen angebracht, die zu Teil bis 1934 nicht entfernt werden können.
In Lichtenhain richtete die KPD-Ortsgruppe 1933 eine Druckmöglichkeit ein. In einer Fabrik in Pirna-Rottwerndorf wurde April 1933 die „Rote Spinne" und der „Rote Rathausbote" gedruckt. Im Sommer 1933 versuchte eine Gruppe der VKA eine Druckanlage in den Wäldern der Affensteine aufzubauen, dazu wurden eine Schreibmaschine und ein Abziehapparat in einer Höhle versteckt. Nach acht Wochen wurde das Projekt jedoch aufgegeben, da die Schreibmaschine weithin hörbar war, die Druckerei wurde anschließend in der Tschechoslowakei wieder aufgebaut. September 1933 entstand in der Glanztuchfabrik in Kohlenmühle wieder eine KPD-Betriebszelle. Diese verteilte Material und sammelte Geld für die Rote Hilfe. Im Januar 1934 wurden im Raum Stolpen, Hohnstein und Neustadt Flugblätter aus fahrenden Autos heraus in den Ortschaften verteilt. Im Frühjahr 1934 wurde in Dohna ein Grundstück für illegale Treffen der KPD angemietet. April 1934, den politischen Aktivisten Jäger und Zeisler gelang die Flucht aus dem KZ Hohnstein, anschließend berichteten sie im Prager Rundfunk über die Haftbedingungen, Folterungen und Morde. 15. August 1935, die Dresdner Kommunisten Fritz Demmler und Walter Neugebauer brachten in Rathen unterhalb der Bastei (Rahmhanke) mit Kalkfarbe eine 15 Meter lange Losung „Heraus mit Thälmann!" an. In einer Scheune in Reinhardtsdorf wurden seit 1933 hunderte Flugblätter gedruckt und von dort aus in den umliegenden Dörfern verteilt. August 1936, eine Vielzahl noch freier Antifaschist*innen in der Sächsischen Schweiz brach den Kampf aufgrund schlechter Chancen und immer größeren Verhaftungswellen ab und machte sich auf, um in den Milizen und Interbrigaden im spanischen Bürgerkrieg zu kämpfen. März 1937, der Bad Schandauer Alfred Gräfe verteilte Flugblätter an der Bahnlinie zwischen Schandau und Sebnitz, er wurde anschließend verraten und verhaftet. Der Kommunist Kurt Schlosser begann Ende 1937 mit dem Bau einer Berghütte für antifaschistische Zusammenkünfte (in DDR-Zeiten Kurt-Schlosser-Hütte). Bis zur Besetzung der Sudetengebiete wurden darüber hinaus hunderte Kurierdienste geleistet um antifaschistische Literatur wie „Das Braunbuch", das „AIZ", die „Baseler Rundschau" usw. und diverse aktuelle Flugblätter über die Grenze zu bringen. Auf umgekehrtem Wege wurden viele Menschen vor Folter und Tod in Sicherheit gebracht. Mit dem Ende dieses Tätigkeitbereiches nahmen Antirepression und die Unterstützung der Hinterbliebenen von verhafteten und ermordeten Genossen zunehmend mehr Raum ein. Gleichzeitig wurde der Verteilung und Herstellung von Info-Blättern und der Kontakt zu Kriegsgefangenen weiter betrieben. Im Dezember 1941 verbreitete der parteilose Arbeiter Willi Dörner aus Graupa Nachrichten über die Kriegslage, organisierte im Sachsenwerk Niedersedlitz Maschinenausfälle und half den dort beschäftigten ausländischen Zwangsarbeiter*innen. Er wurde verraten und verhaftet. Am 3.Februar 1943 informierten Aktivist*innen im Pirnaer Werk der Hoesch-AG die sowjetischen Kriegsgefangenen über den Sieg der Roten Armee in der Schlacht bei Stalingrad. Getarnt als „Ukrainisches Volksfest" feierten die Kriegsgefange-

nen ein Siegesfest. Am 7. Mai 1945 zerstörte die Gastwirtsehefrau Margarete Lieder in ihrem Grundstück in Pirna-Neundorf die Telefonleitung einer SS-Einheit. Da deshalb zum Gefechtsstand in Langenhennersdorf keine Verbindung hergestellt werden konnte, verließ die Einheit die Stellungen und Panzersperren.[4]

Mögen die Zahlen und Berichte der SED auch vielfach überhöht sein, um den Nationalsozialismus als eine gewaltsame Diktatur einer kleinen Minderheit, „die nichts mit dem Volk zu tun hatte", darzustellen, so ergeben Stichproben kritischerer Forschungen wie die des AKuBiZ und Joachim Schindlers[11] doch das Bild einer recht widerständigen Region. An der Verteilung antifaschistischer Literatur, Unterstützung von Kriegsgefangenen, Unterbringung von Verfolgten, Absicherung von Grenzübertritten und Druckaktionen müssen demnach mehrere hundert Menschen aus der Region beteiligt gewesen sein. Spannende Grundlagen für weitere Forschung und Auseinandersetzung wären also vorhanden.

Jüngere Geschichte

Gedenkpolitik von der DDR bis heute

Schon in den 1940er Jahren meldeten sich erste Überlebende des Widerstands mit Zeitzeugenberichten zu Wort. Der weit größere Teil der Publikationen entstand jedoch ab Mitte der 1960er bis Mitte der 1980er. Bereits recht zeitnah wurde an verschiedenen Orten von Naziverbrechen aber auch des politischen Widerstands Erinnerungstafeln und Denkmäler errichtet. So z. B. im KZ Hohnstein, an der Festung Königstein und in der Höhle, die kurzzeitig die Druckmaschine der VKA beherbergte. Auch eine Reihe von Straßen wurde nach Antifaschist*innen benannt, so z. B. die Alfred-Gräfe-Weg in Bad Schandau. Neben dieser Schaffung von Gedenk- und Ehrenmahlen wurden regionale Schulklassen auch auf Klassenfahrten zu Schauplätzen des Widerstands geführt.

Mit der Hervorhebung der antifaschistischen und ganz besonders der kommunistischen Geschichte versuchte die SED vor allem Image- und Legitimierungspolitik zu betreiben, sich selbst als lange verwurzelt im Volk darzustellen usw. Es ist daher kaum verwunderlich, dass das Hochhalten des antifaschistischen Erbes von Staatswegen in der linken und rechten Opposition als plumpe Staatspropaganda verschrien war.
Nach der Wende nutzen die rechtskonservativen Kräfte diese Stimmung aus und stellten das Gedenken an kommunistische und anarchistische Widerstandskämpfer*innen auf eine Stufe mit den Spuren des DDR-Regimes. So verschwand eine Vielzahl von Gedenktafeln auf Wunsch der Gemeinderäte. Auf privates Engagement wurde nach der Wende auch die vom Kommunisten Kurt Schlosser erbaute, ehemals gleichnamige, Hütte umbenannt.[12] Ebenso fand auch eine Rück- oder Umbenennung von antifaschistischen Straßennamen statt, z. B. im Falle des Alfred-Gräfe-Weges in Bad Schandau (heute Niederweg, Ähnliches ist auch aus Dresden bekannt.[13] Andere Tafeln verschwanden unkommentiert im Laufe der Zeit, so zum Beispiel die Gedenktafel an der Satanskopfhöhle in den 1990ern und eine Tafel, die an illegale Zusammentreffen der VKA in Rathen erinnerte. Es ist zu vermuten, dass diese Tafeln von rechtsgerichteten Täter*innen entfernt wurden.

Seit der Jahrtausendwende kehrte auch in den meisten sächsischen Provinzen dank massivem zivilgesellschaftlichen Druck wieder eine gewisse politische Etikette ein, die es den Ortsräten und Stadtregierungen erschwerte, eine Verdrängung der national-sozialistischen Verbrechen und plumpen Antikommunismus gleichzeitig zu betreiben. Der antifaschistische Widerstand wurde daraufhin bis heute völlig ausgespart und vernachlässig, ja quasi in keiner bürgerlichen Publikation mehr erwähnt. Das Gedenken an die Gräueltaten der National-Sozialist*innen hat sich indes mehr und mehr aus den vielen kleinen Gassen und Dörfern zurückgezogen und wird nun auf ein paar wenige Punkte konzentriert. So wurden im ehemaligen KZ der Burg Hohnstein alle weiterführenden Informationen über die NS-Geschichte entfernt, nur einige Gedenktafeln sind geblieben. 2008 war es der Neo-Nazi-Szene sogar möglich, eine große Veranstaltung mit 250 Gästen, darunter international bekannten Holocaustleugner*innen, zu organisieren, ohne das es Protest von Seiten der Stadt gab.[14] Die aktive Erinnerungsarbeit beschränkt sich von bürgerlicher Seite im Wesentlichen auf die ehemalige Euthanasieeinrichtung Pirna Sonnenstein, während kleine Kriegsgefangenenlager und KZs wenig Beachtung erfahren.

Eine scheinbar positive Ausnahme bildet das Vor-

[12] gedenkplaetze.info – Bad Schandau: Kurt-Schlosser-Hütte 23.12.2011 [13] vgl. de.indymedia.org – Flugblatt zum 9. November 2011 der Undogmatischen Radikalen Antifa Dresden und Einzelpersonen des Libertären Netzwerks Dresden, 16.11.11

haben des Rathmannsdorfer Bürgermeisters Reiner Hähnel. Dieser will, wenn auch vor allem aus touristischen Gründen, eine Kapelle in seinem Ort errichten, bei der auch an die Geschichte des KZs Schwalbe III erinnert werden soll.[15] Wie diese Geschichtsaufarbeitung dann aussieht und ob auch die Rathmannsdorfer Antifaschist*innen, die im Kampf gegen das NS-Regime ihr Leben ließen, Erwähnung finden, bleibt abzuwarten. Der Bürgermeister von Hohnstein dagegen machte 2007 deutlich, dass er die Gleichstellung von realsozialistischer Gewaltherrschaft mit der Barbarei des National-Sozialismus ebenso gut beherrscht wie seine Kollegen in höheren sächsischen Ämtern. Auf einer neu errichteten Stele auf der Fläche des ehemaligen KZs findet sich direkt unter dem Verweis auf selbiges noch der Vermerk, dass die SED hier ein Internierungslager geplant habe, welches jedoch nie zur Ausführung kam. Den Schauplatz von 150 Morden und unzähligen Folterungen der SA in einem Atemzug mit Kontroll- und Wegsperrfantasien der DDR-Repressionsorgane zu nennen, erschien offenbar bis heute keinem in der Ortschaft pietätlos genug, um die Stehle wieder zu entfernen. Der Gipfel der Dreistigkeit und Ignoranz ist, dass sich auf der anderen Seite des Denkmals der Bürgermeister Lasch für die Sanierung des Marktplatzes verewigen ließ.

Politische Auseinandersetzungen in den 1990ern und 2000ern

Nach der Wende begannen sich große Teile der ostdeutschen Jugendkultur stärker zu radikalisieren, sowohl in linke als auch in rechte Richtung. Diese Entwicklung machte schließlich auch vor dem Elbsandsteingebirge nicht halt.

Treffend beschreibt es ein ehemaliger Anwohner:[16]

„Mitte der 90er kam zaghaft die Punk- und Gothic-Kultur an. In Schandau wurde ein Haus (in der Nähe des unteren Elbkais) und in Gohrisch eine Baracke besetzt. Viel weiß ich darüber leider auch nicht, war vor meiner Zeit. Auf jeden Fall entstand aus dem Gohrischer Punkerkreis ja auch die Band „Fallobst“, die 1996 das Demo-Tape Niveau-Alarm rausbrachten. Nunja – beide Besetzungen hielten zumindest nicht lange. Die Etablierung rechten Mainstreams in der örtlichen Jugendkultur ging oft von Altnazis aus, die den Scheiß an ihre Söhne weitergaben. So z. B. Steffen Konkol in Rathmannsdorf. Dem seine Söhne propagierten den

SSS-Führungskreis posiert Mitte der 1990er

war. So wurde es bald „angesagt“. Ein weiterer Faktor war der Fahrlehrer Uwe Leichsenring. Als Fahrlehrer kam der gut an die Jugendlichen ran und hatte 'ne gewisse Respektsstellung, die nutze der dahingehend vollends aus. Das verbreitete sich dann schnell spürbar über den Dörfern. Die coolen, sportlichen Kids waren Nazis und hingen auf den Sportplätzen, Fußballvereinen, Jugendclubs und bei der freiwilligen Feuerwehr ab – tja und viel mehr Betätigungsmöglichkeiten und Treffpunkte hattest du dort als Jugendlicher nicht. Es gab nur wenige Nester die dieser Entwicklung noch ne Weile trotzen konnten, z. B. eben Gohrisch, Pirna Liebethal und teilweise Bad Schandau, dort wurden dann aber auch ziemlich oft die Jugendclubs zerlegt und es gab öfter schwere Verletzungen.[17] Krass braune Nester waren ab Mitte der 1990er u.a. Reinhardtsdorf-Schöna, Rathmannsdorf, Kleingießhübel und Königstein.

Durch die geringen Freizeitmöglichkeiten und die überschaubaren Dorfgemeinschaften wurde es, denk ich, überhaupt erst möglich, dass alles so schnell ging – da waren einfach alle Jahrgänge von 7, 8 Jahren bis 18, 19 Nachmittags auf einem Haufen und so ab 1995 brachten die älteren Jugendlichen schon den Grundschülern bei, wie man Hakenkreuze malt und sowas.
Hauptschwerpunkt lag bei den Nazis die ganze Zeit auf der Jugendpolitik. So waren dann auch die Schulen, natürlich vor allem Mittel- und Hauptschulen Hauptagitationsfeld. In Königstein reagierte die Schulleitung recht schnell auf das Problem und verbot das Tragen von Springern, Bomberjacken und rechter Symbolik in der Schule. In Prossen (bei Bad Schandau) war's eher umgekehrt, da rannten die Nasen mit Con-

[14] anarchiadd.blogsport.de/2008/11/20/saechsische-schweiz-nazi-fest/ **[15]** sz-online.de – *Eine Kapelle für Rathmannsdorf, 26.12.10* **[16]** *die befragte Person will anonym bleiben, dass Interview wurde am 16.12.11 in Dresden durchgeführt*

*Seltene Momente, 2004-2007 gibt es vereinzelt antifaschistische Kultur-Veranstaltungen der Grufti-Szene mit bis zu 60 Besucher*innen*

sdaple, Wehrmachtspullis, SS-Aufnähern und dem Logo des Ku-Klux-Klans rum. Schüler die z. B. „Gegen Nazis"-Klamotten trugen, mussten ihr Zeug ausziehen oder wurden nach Hause geschickt, „um Ärger zu vermeiden". Anfangs wehrten sich Punks und Gruftis noch und es gab fast täglich handfeste Konflikte, aber alle, die was gegen Nazis hatten, zogen so schnell wie möglich weg, und so wurde den Braunen spätestens 2000 rum völlig das Feld überlassen. Alles was es dann noch gab, zeigte seinen Widerstand höchstens noch durch seine Frisur oder ein paar Pöbeleien, hatte aber auch den entsprechenden Preis zu zahlen.

An einer Schule in der Gegend gab es mal kurzzeitig ein Schulradio für die große Pause, da lief dann Landser usw. Zu Fasching gab es die Sitte, dass die Zehntklässler zum Schulfasching die Musik von einer eigenen Bühne aus machen konnten – mehrere Jahre hintereinander wie eben erwähnt – Landser, Sleipnir und dieser Scheiß – und dazu standen sie noch mit Springern, Bomberjacke, Sturmhaube und Baseball-Schlägern auf dem Podest. Wenn die 10. Klasse Abschlussfeier hatte, führten sie in Prossen meist ein oder zwei Reichskriegsflaggen mit. Die Lehrer haben zu all dem nichts gesagt, ich denk die meisten weniger, weil sie das gut fanden, sondern weil sie einfach Schiss hatten."

1997 gründete sich die Kameradschaft Skinheads Sächsische Schweiz (SSS), die auf 120 Mitglieder geschätzt wurde, mit einem regionalen Mobilisierungspotential von insgesamt 250 Personen. Die Gruppe kaufte gebrauchte Waffen an, übte sich im Bombenbau, verübte Überfälle auf linke Jugendliche, migrantische Geschäfte, Jugendclubs und Hausprojekte. Zusätzlich wurde versucht, sich als paramilitärische Einheit im Sinne der nationalistischen Freikorps auszubilden. Dabei waren die Mitglieder keine klandestinen Außenseiter*innen, sondern in den Dörfern als das, was sie waren, oft bekannt und bewundert. Die Kontakte reichten von Verbindungen zu diversen Kneipern, die Treffpunkte stellten über Gemeinderäte bis weit in Polizei- und Grenzschutzkreise, was nicht nur den Waffenschmuggel ermöglichte, sondern gleichzeitig auch dazu führte, dass Razzien bei Mitgliedern ohne Wissen und Zutun regionaler Behörden stattfinden mussten, da die SSS zuvor mehrfach Tipps erhalten hatte.[17 18].
Im April 2001 wurde die SSS verboten, dem Verfahren waren Funde von Hakenkreuzfahnen, vollautomatischen Waffen und über 2 Kilo Sprengstoff vorausgegangen. Trotzdem sind führende Figuren der Gruppe heute immer noch in der rechten Szene der Region aktiv, z. B. als Stadträte (Mirko Liebscher, Pirna, und Martin Schaffrath, Stolpen) oder als Sachbearbeiter im Sächsischen Landtag (Thomas Sattelberg).

Im Jahr 2000 gründete sich die Pirnaer Gruppe AFA 13, um sich des rechten Terrors zu erwehren. 2005 stellte diese ihre Tätigkeit ein – als Gründe gab sie anhaltende Repression, Outings und fortwährende Überfälle an. In ihrer Abschlusserklärung resümiert die Gruppe über ihre Leistungen:

[17] *Vgl. Brenner, Jochen – Vom Schläger zum Kader, spiegel.de, 25.11.11*
[18] *Kleffner, Heike – Die SSS – Image ist alles, netz-gegen-nazis.de 25.11.11* **[19]** *Aussagen eines ehemaligen SSS-Mitglieds, das anonym bleiben will, Gespräch geführt am 18.08.09* **[20]** *de.indymedia.org – Antifa-Gruppen lösen sich auf, 26.11.11*

„Die aktiven Leute aus der Gruppe waren alle früher oder später ‚geoutet' und bekamen den Terror der Nazis und die Repression des Staates zu spüren. Beispiele sind vielfältig: Drohbriefe, Überfälle, Verfolgungsjagden, Brandanschläge auf Antifaschist*innen. Die Folge war, dass sich viele nicht mehr auf die Straße trauten oder wegzogen.

Wichtigste Ereignisse waren die zwei Demos 2004: „Kein schöner Land – linke Strukturen stärken!" und „Schöner leben ohne Naziläden!", zu denen mehr als 1.500 Teilnehmer*innen kamen. (...) Verklebt haben wir 2.483 Plakate und veranstalteten einige Partys und Konzerte, mussten mehr als einmal die Woche Eierkuchen essen, um Farbeier befüllen zu können. Nach Angabe der Pirnaer Mittelstandsvereinigung soll allein durch die Demonstration im November 2004 in Pirna ein Schaden von 1,2 Mio € verursacht wurden sein. Wenn das kein Ansporn für eine sich neu gründende Gruppe ist!"[20]
Eine neue Gruppe ließ allerdings auf sich warten. Erst 2008 trat die A2P in Erscheinung, die sich aber bald darauf ohne nennenswerte Erfolge verabschiedete. Im Februar 2010 folgte die Antifa-Gruppe PIA, diese bestand allerdings auch nur ein halbes Jahr bis zur Auflösung.

Bis 2005 hielt die Welle rechter Gewalt an, schwächte sich danach aber in Ausmaß und Quantität deutlich ab und beschränkte sich im Wesentlichen auf Pirna und Sebnitz. 2008 trat die örtliche Neo-Nazi-Szene nochmal verstärkt mit kleinen und mittelgroßen Demonstrationen in Erscheinung, seitdem ist es relativ ruhig geworden.
Dass rechte Gesinnung in der Bevölkerung einen leichten Rückgang der Tendenz erlebt, zeigt sich beim Vergleich der Landtagswahlergebnisse im Kreis. So lag die NPD 2004 noch bei 15,1 % (Listenstimmen)[21] bzw. 16,2 % (Direktstimmen)[22], 2009 nur noch bei 10,1 %[23] bzw. 11,8 %[24]. Trotzdem ist trauriger Fakt, dass in vielen Gemeinden 15 % der Menschen, also fast jede*r Fünfte rechtsradikal wählt. Es ist auch fraglich, ob der restliche Stimmrückgang tatsächlich mit einer Hinwendung zu humanistischen Idealen oder eher mit den negativen Folgen der NPD-Wahlergebnisse auf den Tourismus, die Hauptbranche der Region, zu erklären ist.

Wie sieht's gerade aus?

In den letzten Jahren sind rechte Graffiti, Aufkleberaktionen, aber auch gewaltsame Übergriffe zurückgegangen und beschränken sich fast nur noch auf Pirna und Sebnitz. Das mag verschiedene Gründe haben, z. B. die Schließung der Mittelschulen in Prossen und die der Jugendclubs Bad Schandau und Gohrisch (bei beiden Jugendclubs sollen rechte Propaganda und gewaltsame Auseinandersetzung eine Rolle bei der Schließung gespielt haben). Jugendliche in der Region halten sich nun im Durchschnitt weniger in ihr, außerdem kommen sie in den beiden nächst größeren Städten potentiell eher mit anderen politischen Meinungsbildern und Subkulturen in Kontakt, als das auf den Dörfern der Fall war. Infrastrukturell hat die Naziszene leicht abgebaut (Schließung der rechten Geschäfte „Schnitzelschmiede", „Getränkebox" und „Eagels" in Pirna), sich dafür jedoch flächiger ausgebreitet. So gibt es seit Anfang 2011 neben dem schon etablierten „Store"[25] des Ex-SSS-Kaders Martin Schaffrath in Pirna nun auch einen Naziladen mit dem Namen „Nordic Flame" in Bad Schandau. Besagtes Geschäft ist eng verwoben mit dem Nazi-Online-Shop „Nationales Versandhaus"[26], das von Martin Hering aus Gohrisch betrieben wird. Schließlich gibt es noch viele kleine, inoffizielle Treffpunkte, z. B. im ehemaligen Industriegelände Porschdorf. Wenn es jedoch um Propaganda geht, so sind die Faschist*innen außerhalb der NPD im inneren des Gebirges etwas flügellahm geworden, nur in Bad Schandau und Königstein tauchen noch mit Regelmäßigkeit rechte Graffiti auf.

Mittlerweile ist die sächsische Schweiz für Antifaschist*innen verschiedenster politischer Strömungen schon lange kein No-Go-Area mehr, sondern im Gegenteil ein beliebtes Ausflugs- und Urlaubsziel. Immer wieder treffen sich auf den Bahnhöfen, aber auch in den Felsen, Bekannte aus ganz Deutschland, vorrangig aber natürlich Sachsen. Da diese Menschen nicht untätig sind, wird die rechte Hegemonie auch optisch immer öfter durch Aufkleber und Streetarts gebrochen. Positiv auf die Rolle des Elbsandsteingebirges als linkes Urlaubsgebiet hat sich auch eine Entwicklung in der Gastronomie ausgewirkt:
Seit 1994 übernimmt die Henkenjohann/Ziegler GbR pleite gegangene Berggastronomien in der Region. Dabei wird darauf geachtet, dass der überwiegende

[21] http://www.statistik.sachsen.de/wpr_alt/pkg_w04_erg_lw.prc_ergli_lw?p_bz_bzid=LW04&p_ebene=WK&p_ort=50&p_art=2 – darunter Gohrisch 16,8, Hohnstein 18,3, Kirnitzschtal 18,1, Porschdorf 16,1, Rathmannsdorf 17,9, Reinhardtsdorf-Schöna 23,1, Rosenthal-Bielatal 16,7 [22] http://www.statistik.sachsen.de/wpr_alt/pkg_w04_erg_lw.prc_ergli_lw?p_bz_bzid=LW04&p_ebene=WK&p_ort=50&p_art=1 [23] http://www.statistik.sachsen.de/wpr_neu/pkg_w04_nav.prc_index?p_anw_kz=LW09 [24] http://www.statistik.sachsen.de/wpr_neu/pkg_w04_nav.prc_index?p_anw_kz=LW09 [25] store-pirna.de [26] nationales-versandhaus.de

Teil der verkauften Lebensmittel saisonal, möglichst regional, bio und fairtrade ist. Zudem ist der überwiegende Teil der Speisen vegetarisch, wenn nicht vegan. Die Preise sind recht moderat und nach Aussage von 3 Mitarbeiter*innen liegen die Löhne ein gutes Stück über dem sächsischen Durchschnitt. Die „Kette" betreibt zur Zeit die Gastronomien „Großer Winterberg", „Papststein", „Pfaffenstein", „Altes Zeughaus", „Schandauer Fahrstuhl" und einen Bio-Ladencafé auf dem Bahnhof Bad Schandau.

In Deutschland relativ einmalig dürfte die Breite an linken Tourismus- und Sportangeboten sein. So fand in Lohmen bereits fünf Mal der örtliche AntiRa-Fußballcup statt, an dem sich in jedem Jahr mehr Teams beteiligen[27]. In Sachen Bergsport dürfte die Klettergruppe der Jugendeinrichtung „Roter Baum"[28] wohl zu den aktivsten gehören. Neben regelmäßigen Touren bietet die Gruppe auch immer wieder Anfängerworkshops und Ferienlager für Kinder und Jugendliche an. Wesentlich jünger ist die Sektion „Schwarz-Rote Bergsteiger*innen" im AK Freizeit, Libertäres Netzwerk Dresden (FdA IFA)[29]. Neben Gipfelbesteigungen in der eigenen Seilschaft organisiert die Gruppe geführte Wandertouren durch die Berge (gerne auch auf Anfragen und mit Vorträgen z. B. zur NS-Zeit, aber auch zum Nationalpark, Klettereigenheiten der Region, Sächsische Schweiz im Mittelalter) oder vermittelt Schlafplätze für politische Menschen in- und outdoor. Außerdem stehen die Leute der SRB gern mit Rat und Tat zur Seite wenn es um Belange des Elbsandsteingebirges geht. Auch der Verein AKuBiZ[30] bietet regelmäßig Ausflüge (meist zweitägig) ins Gebirge an und referiert vor Ort u. a. über den Widerstand im National-Sozialismus.

Auch mit alternativen Medien ist die kleine Region recht gut bestückt, so ist es wieder mal dem seit über 10 Jahren arbeitenden AKuBiZ e.V. zu verdanken, dass Pirna seit fast 8 Jahren über die Monatszeitung Attenzione verfügt, die über aktuelle Geschehnisse in der Region kritisch informiert. Neben verschiedensten linken Medien im nur 25 Kilometer entfernten Dresden gibt es zusätzlich auch das Online-Medium „Stimmen aus der Provinz".

Im kleinen Örtchen Dittersbach befindet sich, malerischen in eine Kurve des Wesenitztals gelegen, eine kleine, alternative Kommune. Diese ist auf einem ehemaligen Fabrikgelände angesiedelt, wirtschaftet weitgehend kollektiv und ökologisch. Einmal im Monat gibt es hier offene Kneipe, z. T. mit VoKü, außerdem verfügt die Kommune über mehrere selbstverwaltete Werkstätten, z. B. für Fahrradreparaturen, Holz- und Metallarbeiten etc. Besonders erfreulich ist, dass in der Pirnaer Altstadt Anfang März 2012 das Infocafé „K2 – Kulturkiste" eröffnet hat.
Dieses beherbergt von nun an eine kleine Bibliothek mit über 600 Büchern, 2 Rechnerplätzen, einer Café-Küche und einem Ausstellungsraum, in dem zurzeit die Ausstellung „Partiganí" des AKuBiZ e.V. gastiert. Zurzeit sind drei reguläre wöchentliche Öffnungszeiten, zusätzliche alle 1-2 Wochen eine Infoveranstaltung veranschlagt. Mit der Einrichtung wird es für linke und anarchistische Menschen zum ersten Mal seit Jahren möglich, sich unabhängig zu treffen, zu arbeiten und sich zu organisieren.

Land unter?
Nazis das Wasser abgraben!

Die Sächsische Schweiz ist unter Linksradikalen und Anarchist*innen fast nur als brauner Brennpunkt bekannt. Im Artikel sollte deutlich geworden sein, dass dies zu kurz greift. Es handelt sich hier gleichzeitig um eine Gegend mit spannender und lehrreicher antifaschistischer Geschichte, um einen überregionalen Treffpunkt für Menschen mit emanzipatorischen Bestrebungen und nicht zu Letzt um das Arbeitsfeld für einige sehr hartnäckige Antifaschist*innen, die hier seit Jahren trotz aller Widrigkeiten einer hervorragende inhaltliche Arbeit leisten.
Die Menschen vor Ort lassen sich durch einen Besuch oder einen Urlaub unterstützen, was es braucht sind Austausch, Präsenz und natürlich auch Streetart etc., die auch von Urlauber*innen geleistet werden kann. Soll die Region von einer braunen zu einer linken oder gar anarchistischen Hochburg entwickelt werden, so braucht es natürlich mehr. Linksradikaler Tourismus bietet hier insofern ein interessantes Feld, da Urlaubsangebote, die für alle Menschen erschwinglich und nicht völlig entpolitisiert sind, in Deutschland die absolute Ausnahme darstellen und Leuten vor Ort so gleichzeitig ein politisches Aufgabenfeld bieten.
Langfristig kommt es aber vor allem darauf an, Strukturen zu entwickeln, die das Vorortbleiben oder gar einen Zuzug attraktiv machen.

[27] *Zeitung Attenzione, Juni 2011* [28] *roter-baum.de/klettergruppe* [29] *http://www.libertaeres-netzwerk.info/ak-freizeit/schw-ro-bergsteigerinnen/* [30] *akubiz.de/index.php*

Dafür braucht es kulturelles Leben (Kneipe, Tanzveranstaltungen, Konzerte), mehr Leute/ soziales Leben (Wohnprojekte, Vernetzung mit Leuten in der Region) und natürlich auch wirtschaftliche Perspektive (gemeinsame Betriebe, Schaffung angenehmer Arbeitsplätze).

Der neue Infoladen und die Kommune in Dittersbach, aber auch die gute Anbindung nach Dresden bieten hier bessere Voraussetzungen als in vielen anderen ländlichen Gegenden. Auch Möglichkeiten für eine Vergrößerung des alternativen und emanzipatorischen Angebotes gäbe es genug; der Leerstand in der Region ist für Sachsen zwar unterdurchschnittlich, trotzdem gibt es viele Objekte zu günstigen Konditionen, die sich mit einer entsprechenden Spendenkampagne kaufen ließen. Letztlich wird die weitere Entwicklung aber davon abhängen, inwieweit es gelingt – vor allem junge – Menschen vor Ort mit Angeboten wie dem Infocafé anzusprechen und für politische Sachverhalte zu sensibilisieren, denn ohne, dass sich bei den Menschen vor Ort was tut, kann die Idee eines linken/libertären Elbsandsteingebirges schlichtweg nur scheitern.

Infos zur Geschichte der Region:

gedenkplaetze.info
geschichte-pirna.de
stsg.de

Anarchistischer Urlaub:
libertaeres-netzwerk.info/ak-freizeit

Medien vor Ort:
akubiz.de
stimmenausderprovinz.wordpress.com

Infocafé Pirna:
k2kulturkiste.blogsport.de

BRD

Rundreise: Befreiung und soziale Emanzipation – Rätebewegung, Arbeiterautonomie und Syndikalismus. Buchvorstellung, Vortrag und Diskussion mit dem Autor Roman Danyluk.

***Wann:** 15.-28. April 2012 | **Wo:** verschiedene Bundesländer (siehe Webseite)*

***Mehr Infos:** http://fau-duesseldorf.org/rundreisen/befreiung-und-soziale-emanzipation*

Ludwigshafen

Demo „Schöner leben ohne Nazis"

***Wann:** 21. April 2012, 13 Uhr | **Wo:** Rathauscenter, Ludwigshafen*

Wir, das Bündnis Ladenschluss, führen in diesem Frühjahr eine Kampagne gegen die Nazistrukturen und aktuellen Umtriebe der Rechtsextremen, speziell in Ludwigshafen, durch. Das Bündnis Ladenschluss hat sich 2008 gegründet, um gegen das Ladengeschäft „Streetwear Company" des Ludwigshafener Neonazis Malte Redeker vorzugehen – mit Erfolg, Redeker musste 2009 schließen. Weiterhin hat das Bündnis bei zwei weiteren Ladengeschäften in Ludwigshafen darauf hingewirkt, dass der Verkauf von rechter Szenekleidung eingestellt wurde.

***Mehr Infos:** ladenschluss-ludwigshafen.de*
***Kontakt:** ladenschluss-ludwigshafen@gmx.de*

Offenburg

Freie Software und Open Source

***Wann:** 21. April 2012, 19 Uhr | **Wo:** Alarmraum im MK2, Lise-Meitner-Str. 10, Offenburg*

Was hat Software, haben Computerprogramme und Betriebssysteme mit Freiheit zu tun? Muss ich Informatik studieren, um Linux nutzen zu können?

***Mehr Infos:** http://alarm.blogsport.de*
***Kontakt:** alarm-ev@immerda.ch*

Paris

Libertäre Buchmesse

***Wann:** 11.-13. Mai 2012 (Fr. 14-21 Uhr, Sa. 10-20 Uhr, So. 10-16 Uhr) | **Wo:** Espace d'animations des Blancs Manteaux / 48, rue Vieille-du-Temple / Metro-Linien 1 oder 11 : Station „Hôtel de Ville" oder „Saint-Paul"*

Mehr als 100 Verlage, dazu Ausstellungen, Vorträge, Lesungen und Debatten rund um den Anarchismus.

***Mehr Infos:** salonlivrelibertaire.radio-libertaire.org*
***Kontakt:** salon-livre-libertaire@sfr.fr*

Bochum-Langendreer:

Was: 2. Libertäre Medienmesse

***Wann:** 24.-26. August 2012 | **Wo:** Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, Bochum*

Es ist wieder soweit. In einem der größten europäischen Ballungsgebiete mit mehr als acht Millionen Menschen, werden vom 24. bis 26. August 2012 libertäre Verlage, Zeitschriften, Radio-, Video- und Internetprojekte ihr Programm vorstellen. Drei Tage Messe, Projektvorstellungen, Lesungen, Kultur, Veranstaltungen, Infos, Leute treffen und Pläne schmieden für eine Welt jenseits von Krise und Ausbeutung. Für all das bot bereits die 1. Libertäre Medienmesse für den deutschsprachigen Raum (Limesse) im September 2010 einen Rahmen. Auf vielfachen Wunsch geht die Limesse nun in die 2. Runde.

***Mehr Infos:** libertaere-medienmesse.de*
***Anmeldung:** http://www.libertaere-medienmesse.de/form_aussteller.php*

2.Libertäre Medienmesse
24.-26. August 2012 | Bochum | BRD

Forum deutschsprachiger Anarchist*innen [FdA-IFA]

1 Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist.
Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

2 Das FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstbestimmung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt.
Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

3 Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaften nicht ausreichend.
Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern. Das FdA hat das Ziel, den Aufbau einer deutschsprachigen anarchistischen Föderation voranzutreiben.

KONTAKTE

FdA-IFA http://www.fda-ifa.org
IFA http://www.i-f-a.org

Anarchistische Föderation Berlin
Kontakt: afb@riseup.net
http://www.afb.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Mannheim
Kontakt: info@anarchie-mannheim.de
http://www.anarchie-mannheim.de.vu

antinationale.org Saarbrücken
Kontakt: antinationale@riseup.net
http://www.antinationale.org

Libertäre Initiative Schleswig-Holstein
Kontakt: sortesindet@marsmail.de

Libertäres Netzwerk Dresden
Kontakt: linetdd@riseup.net
http://www.libertaeres-netzwerk.info

Libertäres Bündnis Ludwigsburg
Kontakt: lb-hoch2@riseup.net
http://lblb.pytalhost.de

Karakök Autonome Türkei/Schweiz
Kontakt: laydaran@immerda.ch
karakok.wordpress.com/karakok-autonome